

Wachsende Europa-Skepsis unter dem Eindruck der Flüchtlingskrise

Erstveröffentlichung / Primary Publication

Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) im Auftrag der Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Institut für Demoskopie Allensbach (IfD). (2015). *Wachsende Europa-Skepsis unter dem Eindruck der Flüchtlingskrise*. (Berichte für das Bundespresseamt). Allensbach. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47595-9>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

**Wachsende Europa-Skepsis
unter dem Eindruck der
Flüchtlingskrise**

INHALT

	Seite
AUSGEPRÄGTE VERUNSICHERUNG – TROTZ DER STABILEN WIRTSCHAFTLICHEN LAGE	1
WACHSENDE ANERKENNUNG FÜR DIE FINANZPOLITIK	12
WACHSENDE EUROPA-SKEPSIS	18
UNZUFRIEDENHEIT UND PESSIMISMUS IN BEZUG AUF DIE EUROPÄISCHE FLÜCHTLINGSPOLITIK	22
STARKE POSITION DEUTSCHLANDS IN EUROPA.....	29

TABELLEN-TEIL

	Seite
TECHNISCHE ERLÄUTERUNGEN	I

TABELLEN Tabelle

Wirtschaftliche Situation

Hoffnungen oder Befürchtungen für das Jahr 2016?	1
Konjunkturerwartungen für die kommenden sechs Monate	2
Bewertung der finanziellen Lage des Staates	3
Erfolg der Bundesregierung bei ihren Bemühungen zur Reduktion der Neuverschuldung	4

Tabelle

Bereiche, in denen der Staat -

- sparen sollte.....5 a-d
- auf keinen Fall sparen sollte.....6 a-d

Sollte der Staat trotz der aktuellen Flüchtlingskrise an seinem Ziel festhalten, im nächsten Jahr keine neuen Schulden aufzunehmen?.....7

Zukunftsansichten

Risiken für die weitere Entwicklung Deutschlands8 a-d

Einflussfaktoren, um Deutschland eine gute Zukunft sichern zu können9 a-d

Europäische Union

Zustimmung zu der Aussage 'Europa ist unsere Zukunft'10

Größe des Einflusses in der EU -

- von Deutschland11
- von Bundeskanzlerin Angela Merkel12

Zufriedenheit mit der Interessenvertretung Deutschlands durch die Bundesregierung in der Europäischen Union13

Ausmaß des Vertrauens zur Europäischen Union14

Vertrauen in die gemeinsame europäische Währung.....15

Würde Deutschland ohne den Euro wirtschaftlich besser dastehen?.....16

Beurteilung der Solidarität zwischen den Mitgliedsländern der Europäischen Union.....17

Hat man den Eindruck, dass Deutschland in Europa isoliert ist?18

Interesse für Europapolitik.....19

Flüchtlingssituation

Steht Deutschland im Umgang mit der Flüchtlingsfrage weitgehend allein?20

Ist es möglich, die Außengrenzen der Europäischen Union wirkungsvoll gegen unkontrollierte Zuwanderung zu schützen?21

Sollte europäisch geregelt werden, wie viele Flüchtlinge jedes EU-Land aufnimmt?22

Tabelle

Bemühen sich die meisten Mitgliedsländer der EU darum, eine gemeinsame Lösung zur Bewältigung der Flüchtlingssituation zu finden?	23
Verständnis für Länder, die nur wenige oder überhaupt keine Flüchtlinge in ihr Land lassen	24
Befürworter von Sanktionen für EU-Länder, die keine oder nur ganz wenige Flüchtlinge aufnehmen -	
• grundsätzliche Haltung	25
• im Bewusstsein, dass Deutschland alleine entschieden hat, dass es keine Obergrenze für Flüchtlinge gibt	26 a,b
Würde eine Verteilung von Flüchtlingen auf die EU-Mitgliedsländer funktionieren?	27
 <u>Arbeitsmarktsituation</u>	
Einschätzung der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes	28
Wirtschaftliche Lage des eigenen Betriebes	29 a,b
Erwartete Geschäftsentwicklung des eigenen Betriebes auf Sicht von sechs Monaten	30
 <u>Sorgen</u>	
Sorgenkatalog der Bevölkerung: Was bereitet -	
• große Sorgen?	31 a-d
• etwas Sorgen?	32 a-d
• keine Sorgen?	33 a-d

ANHANG

Untersuchungsdaten
Statistik der befragten Personengruppe
Fragebogenauszug mit Anlagen

AUSGEPRÄGTE VERUNSICHERUNG – TROTZ DER STABILEN WIRTSCHAFTLICHEN LAGE

Zurzeit gibt es in der Bevölkerung eine bemerkenswerte Kluft zwischen der Einschätzung der ökonomischen Lage und der generellen Zukunftsperspektiven. In Bezug auf die wirtschaftliche Situation und die wirtschaftlichen Perspektiven sieht sich die Mehrheit in einer befestigten Lage. Zwei Drittel der in der Privatwirtschaft Beschäftigten stufen die Situation des eigenen Unternehmens als gut oder sehr gut ein, während 7 Prozent von einer stark schwankenden Auftragslage berichten und ganze 3 Prozent von einer schwierigen Situation des eigenen Arbeitgebers. In Westdeutschland fällt die Bilanz positiver aus als in Ostdeutschland, doch trennen anders noch vor einigen Jahren Ost und West hier keine Welten: 72 Prozent der Westdeutschen, aber auch 62 Prozent der Ostdeutschen stufen die Lage ihres Unternehmens zurzeit als gut oder sehr gut ein, nur 2 Prozent der Westdeutschen und 4 Prozent der Ostdeutschen als kritisch.

Schaubild 1

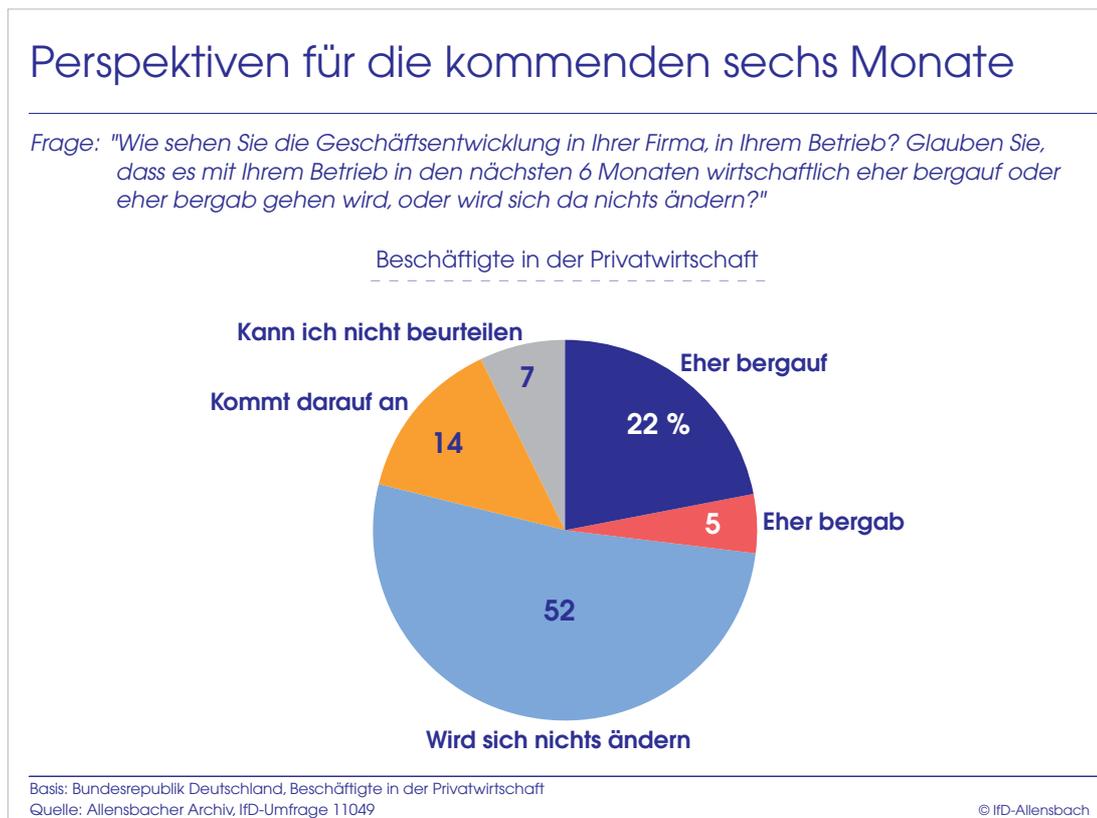
Gute Lage der Unternehmen			
<i>Frage: "Wie gut geht es Ihrem Betrieb zurzeit? Würden Sie sagen..."</i>			
	Beschäftigte in der Privatwirtschaft		
	Insgesamt	West- deutschland	Ost- deutschland
	%	%	%
"sehr gut"	16	18	8
"gut"	54	54	54
"einigermaßen"	17	17	17
"sehr schwankend, mal gut, mal schlecht"	7	6	13
"eher schlecht"	2	1	3
"ganz schlecht"	1	1	1
Unentschieden, weiß nicht	3	3	4
	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Beschäftigte in der Privatwirtschaft
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 11049

© IFD-Allensbach

Für die nächsten Monate rechnet die überwältigende Mehrheit der in der Privatwirtschaft Beschäftigten mit einer stabilen Situation oder sogar mit einer positiven Entwicklung des eigenen Unternehmens: 52 Prozent sind überzeugt, dass sich an der Lage des eigenen Unternehmens in nächster Zeit wenig ändern wird, 22 Prozent erwarten einen Aufwärtstrend, nur 5 Prozent eine Verschlechterung der Situation des eigenen Unternehmens.

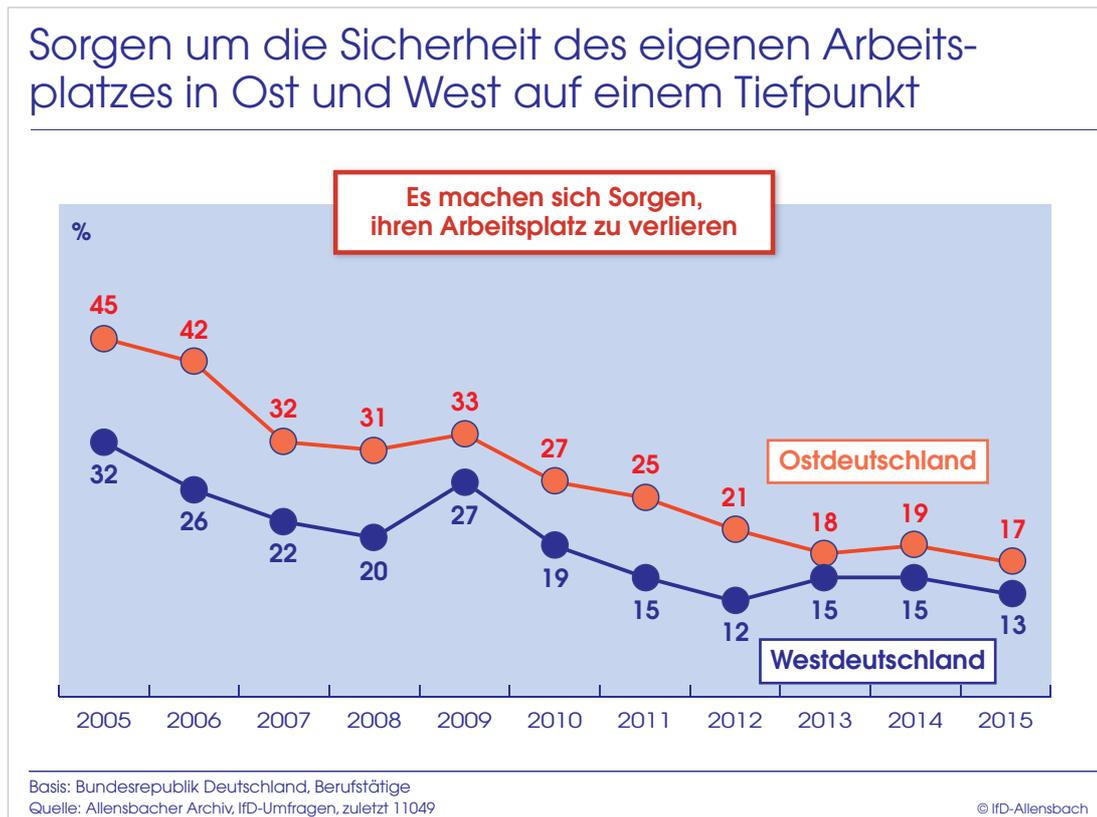
Schaubild 2



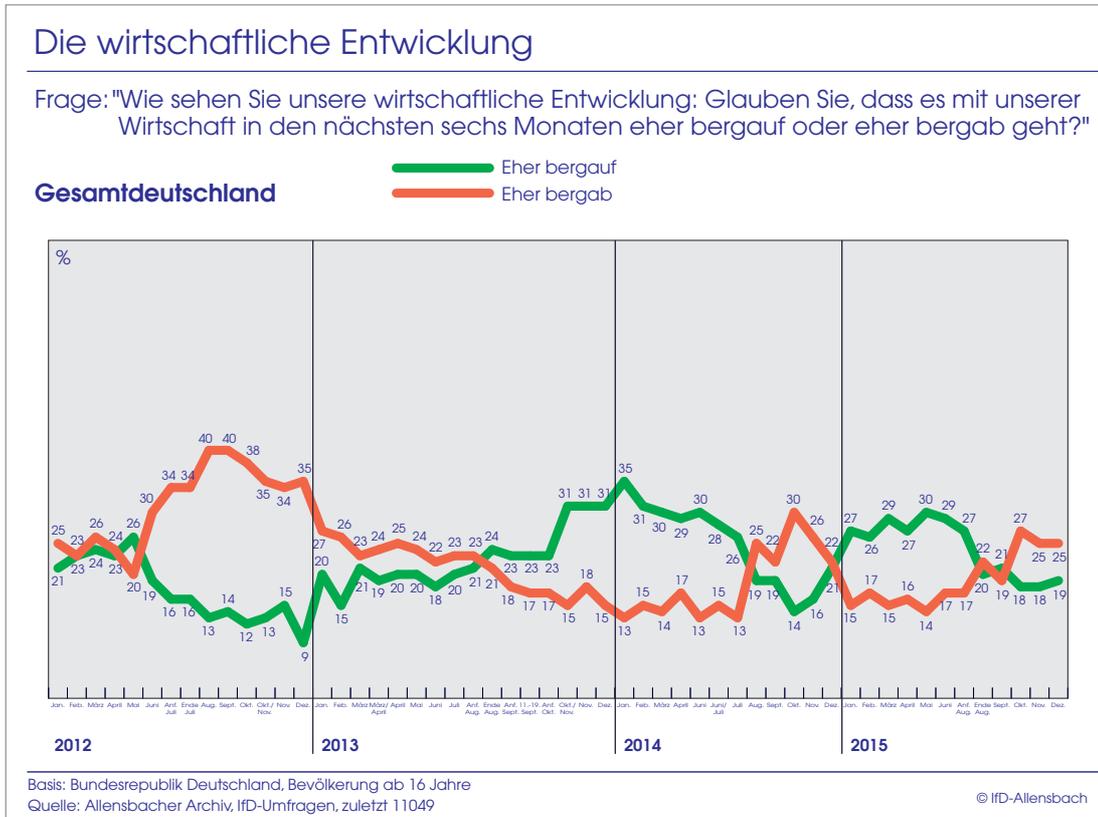
Auch die Einschätzung der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes belegt, dass sich die große Mehrheit der Beschäftigten zurzeit in einer befestigten Situation sieht. 17 Prozent der ostdeutschen Berufstätigen, 13 Prozent der westdeutschen machen sich Sorgen, dass sie in absehbarer Zeit ihren Arbeitsplatz verlieren könnten. Der Langzeittrend zeigt, dass sich damit im dritten Jahr in Folge die Sorgen um die

Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes auf einem bemerkenswert niedrigen Niveau bewegen.

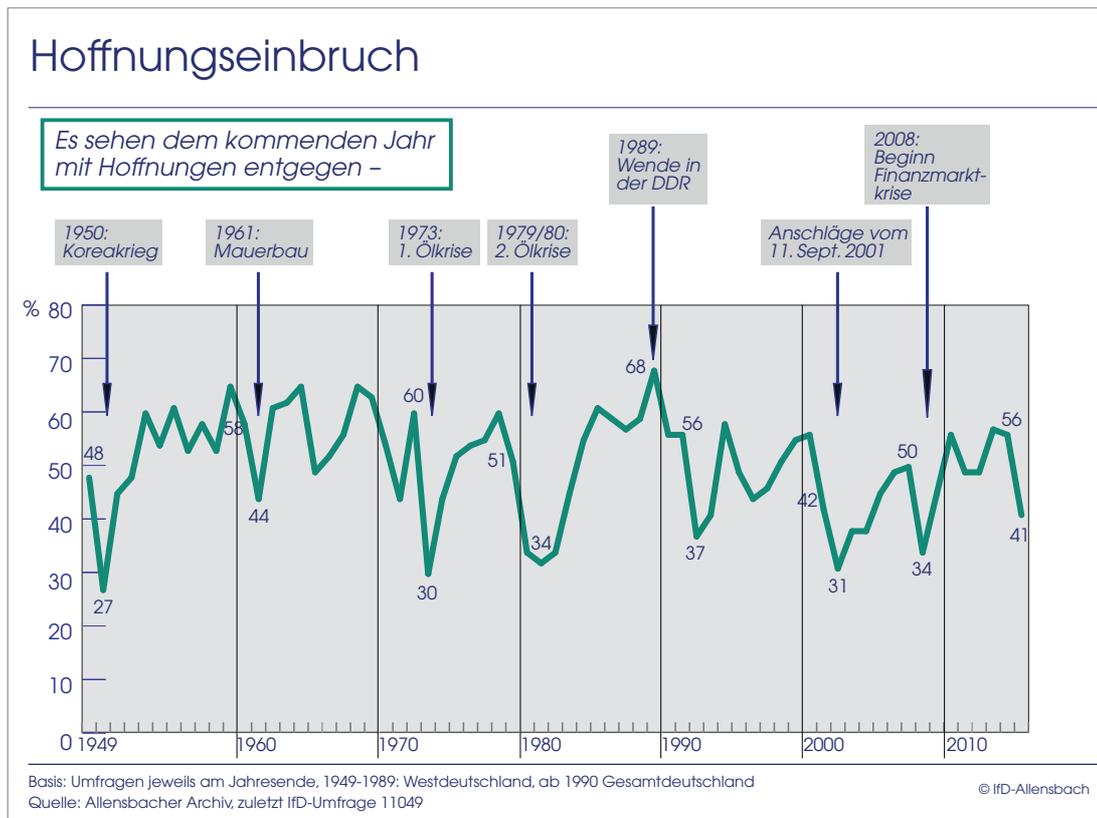
Schaubild 3



Dabei schätzt die Mehrheit der Bevölkerung die ökonomischen Perspektiven keineswegs euphorisch ein. Lediglich ein Fünftel der Bevölkerung geht davon aus, dass die Wirtschaft in den nächsten sechs Monaten von einem Aufwärtstrend geprägt sein wird. 25 Prozent sind skeptisch und gehen eher von einem Abwärtstrend aus. Die Mehrheit ist jedoch überzeugt, dass die derzeitige befriedigende ökonomische Situation im Großen und Ganzen stabil bleibt.



Dass die ökonomischen Perspektiven zwar positiv, aber trotzdem verhaltener eingeschätzt werden als vor einem Jahr, hat weniger mit der wirtschaftlichen Entwicklung zu tun als mit der Zusammenballung der Krisen und Probleme im Jahr 2015. Diese Krisen haben einen bemerkenswerten Einbruch des Zukunftsoptimismus der Bevölkerung ausgelöst. Sahen Ende 2014 noch 56 Prozent der Bürger dem kommenden Jahr hoffnungsvoll entgegen, sind es diesmal nur 41 Prozent. Einen vergleichbaren Absturz des Zukunftsoptimismus gab es in den letzten 65 Jahren nur sechsmal, nämlich nach dem Koreakrieg, nach dem Mauerbau, nach dem Ausbruch den beiden Ölkrisen, während der Rezession nach dem Einheitsboom, nach den New Yorker Anschlägen und zuletzt 2008 nach Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise.



Die Sorgen der Bevölkerung zeigen, dass vor allem die Eskalation der Flüchtlingssituation und die Terroranschläge von Paris die Bürger verunsichert haben. Die Entwicklungen dominieren zurzeit in dem Sorgenkatalog der Bevölkerung. 51 Prozent der Bürger machen sich zurzeit große Sorgen über die derzeitige Entwicklung der Flüchtlingssituation, 42 Prozent über mögliche terroristische Anschläge in Deutschland, 48 Prozent generell über die Kriminalitätsentwicklung. Vier von zehn Bürgern sind auch sehr besorgt, dass der Ausländeranteil in Deutschland weiter kontinuierlich ansteigen könnte. Dieser Aspekt hat lange Zeit in dem Sorgenkatalog der Bürger eine untergeordnete Rolle gespielt; unter dem Eindruck des Zustroms an Flüchtlingen hat diese Sorge im Bewusstsein der Bürger signifikant an Bedeutung gewonnen.

Wirtschaftliche Ängste spielen dagegen in dem Sorgenkatalog der Bevölkerung eine untergeordnete Rolle. Nur 15 Prozent machen sich zurzeit große Sorgen, dass es mit Deutschland wirtschaftlich bergab gehen könnte. Soweit es wirtschaftliche Ängste gibt, sind sie überwiegend langfristiger Natur und betreffen die Sicherheit der Renten und die Möglichkeiten, im Alter den erreichten Lebensstandard halten zu können. 30 Prozent der Bürger machen sich Sorgen, dass die Renten nicht gesichert sein könnten, 27 Prozent fürchten, dass sie ihren Lebensstandard im Alter nicht halten können.

Die Sorgen der Bürger

Frage: "Es soll einmal untersucht werden, was den Menschen heute Sorgen bereitet, was sie bedrückt. Könnten Sie diese Karten bitte einmal durchsehen: Was davon macht Ihnen große Sorgen, was macht Ihnen etwas Sorgen und was macht Ihnen keine Sorgen?"

Darüber machen sich große Sorgen -

Die derzeitige Entwicklung der Flüchtlingssituation	51 %
Dass Gewalt und Kriminalität zunehmen	48
Dass es in Deutschland zu einem terroristischen Anschlag kommt	42
Dass meinem Partner, meinen Kindern oder anderen engen Familienangehörigen etwas zustößt	40
Dass immer mehr Ausländer nach Deutschland kommen	39
Dass die Krankenkassen weniger Leistungen übernehmen, dass man im Krankheitsfall nicht mehr gut versorgt ist	37
Dass es immer mehr ausländerfeindliche Taten und Äußerungen gibt	35
Dass ich im Alter pflegebedürftig werde	35
Dass die Umwelt immer mehr geschädigt wird	32
Dass sich mein Gesundheitszustand verschlechtert	30
Dass die Renten nicht sicher sind	30
Dass ich im Alter meinen Lebensstandard nicht halten kann	27
Dass das Geld an Wert verliert und dadurch meine Ersparnisse weniger wert sind	25
Dass es zu wenige bezahlbare Wohnungen gibt	25
Dass es in Deutschland immer mehr ältere und immer weniger junge Menschen gibt	20
Dass meine persönlichen Daten missbraucht werden könnten	17
Dass es in Deutschland wirtschaftlich bergab gehen könnte	15
Dass ich arbeitslos werden könnte	10
Dass ich beruflich nicht vorankomme	7

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11049

© IfD-Allensbach

In welchem Ausmaß der Zustrom an Flüchtlingen und die Terrorgefahr die Bürger bewegen, zeigt auch ihre Risikoanalyse. Kein Risiko wird zurzeit höher veranschlagt als das Risiko durch radikale und terroristische Gruppierungen, gefolgt von dem Zustrom an Flüchtlingen. 71 Prozent der Bürger sind überzeugt, dass radikale und terroristische Gruppierungen ein großes Risiko für die weitere Entwicklung des Landes darstellen. 70 Prozent sehen in dem Zustrom an Flüchtlingen ein großes Risiko. Die Mehrheit fürchtet auch eine Zunahme ideologischer Strömungen, vor allem steigenden Rechtsextremismus, aber auch einen wachsenden islamischen Einfluss: 56 Prozent sehen in einem steigenden Rechtsextremismus ein großes Risiko für die weitere Entwicklung des Landes, 54 Prozent in einer Verstärkung des islamischen Einflusses.

Auch wenn in den letzten Monaten die Flüchtlingswelle und die Terroranschläge von Paris die Berichterstattung und öffentlichen Diskussionen dominiert haben, sind die Risiken, die nach wie vor in der Euro-Zone vorhanden sind, einem erheblichen Teil der Bürger durchaus präsent. Immerhin 42 Prozent gehen davon aus, dass die wirtschaftliche Lage in der Euro-Zone ein erhebliches Risiko für die weitere Entwicklung Deutschlands darstellt – weitaus mehr als die nationale wirtschaftliche Entwicklung. Nur noch 27 Prozent können sich vorstellen, dass von der nationalen Staatsverschuldung ein erhebliches Risiko für die Zukunft des Landes ausgeht; ähnlich gering werden die Risiken einer steigenden Arbeitslosigkeit eingeschätzt, noch deutlich geringer die Konsequenzen der Niedrigzinsphase.



Die Trendanalyse zeigt den Einfluss aktueller Ereignisse und Diskussionen auf die Risikoeinschätzung der Bürger. So werden nicht nur die Risiken, die von radikalen und terroristischen Gruppierungen ausgehen, wie auch die Risiken, die aus der Flüchtlingswelle resultieren, aus einem steigenden islamischen Einfluss und einem zunehmenden Rechtsextremismus zum Jahresende höher eingeschätzt als noch im Oktober 2015, sondern auch die Risiken aufgrund der Klimaerwärmung. Unter dem Eindruck der intensiven Berichterstattung über die Pariser Klimakonferenz hat sich der Anteil der Bürger, die in der Klimaerwärmung ein großes Risiko für die weitere Entwicklung des Landes sehen, von 27 auf 41 Prozent erhöht. Im selben Zeitraum ist die Einschätzung, dass radikale und terroristische Gruppierungen ein großes Risiko für das Land bedeuten, von 55 auf 71 Prozent gewachsen, die Sorge, dass aus dem steigenden Rechtsextremismus erhebliche Risiken resultieren, von 47 auf 56 Prozent.

Veränderte Risikoeinschätzung

Frage: "Was meinen Sie: Was sind große Risiken für die weitere Entwicklung von Deutschland, wo sehen Sie da vor allem Gefahren?"

- Auszug -

	Oktober 2015 %	Dezember 2015 %
Radikale und terroristische Gruppierungen	55	71
Die vielen Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen	61	70
Steigender Rechtsextremismus	47	56
Dass der islamische Einfluss zu groß wird	49	54
Die Klimaerwärmung	27	41

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11047 und 11049

© IfD-Allensbach

Auch in den Vorstellungen, wovon eine gute Zukunft des Landes in besonderem Maße abhängt, spiegelt sich die Besorgnis über die Entwicklung des Flüchtlingszustroms. Zwar nennt die Bevölkerung nach wie vor an der Spitze der Faktoren, die zukunftsentscheidend sind, ein hervorragendes Bildungssystem. Die überwältigende Mehrheit hält es auch für zukunftsentscheidend, ob Deutschland qualifizierte Fachkräfte ausbildet, die sozialen Unterschiede eingrenzt und der Standard an sozialer Absicherung erhalten werden kann. Dies sind die Voraussetzungen, die von der überwältigenden Mehrheit über die letzten Jahre hinweg immer als zukunftsentscheidend eingestuft wurden. Gleichzeitig ist die überwältigende Mehrheit zurzeit jedoch auch überzeugt, dass die Zukunft des Landes entscheidend davon abhängt, dass Deutschland den Flüchtlingszustrom in den Griff bekommt. 79 Prozent der gesamten Bevölkerung halten dies für eine wichtige Voraussetzung für eine gute Zukunft des Landes. 58 Prozent halten es gleichzeitig

für zukunftsentscheidend, dass Ausländer in Deutschland möglichst gut integriert werden. Damit liegt dieser Aspekt noch vor der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen, der Förderung des Umweltschutzes und dem Abbau der Staatsverschuldung.

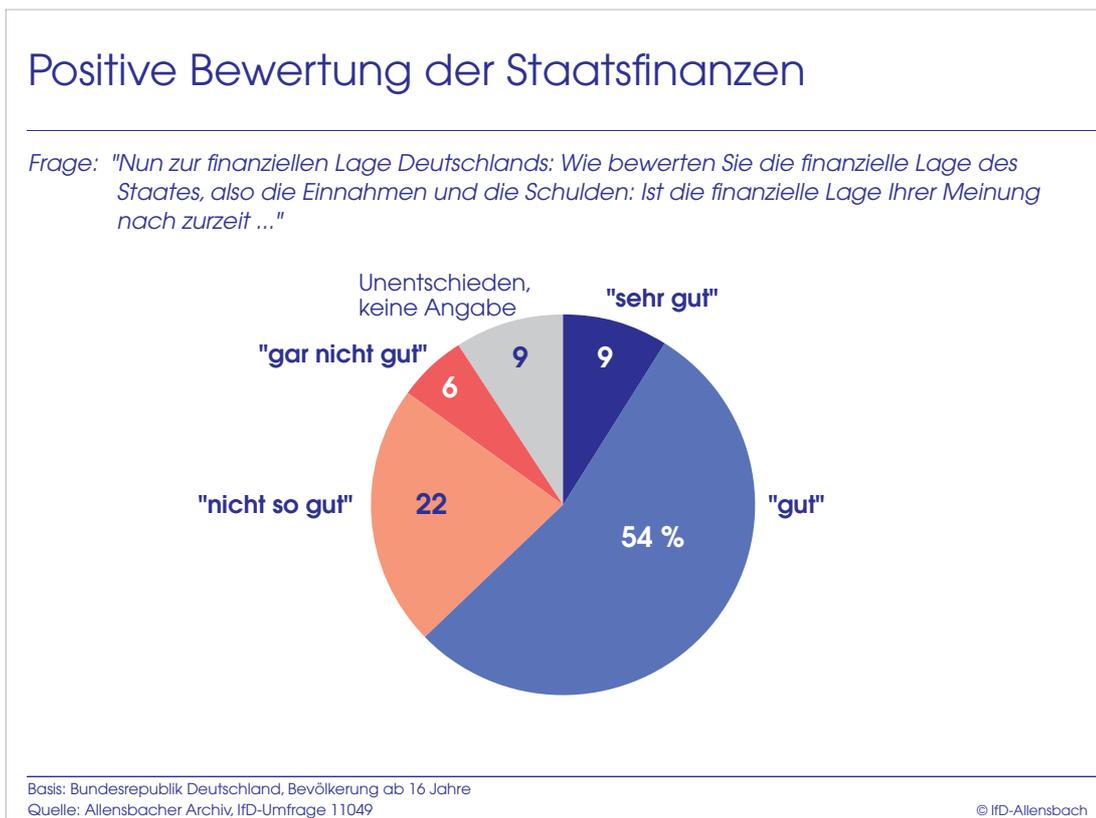
Schaubild 9



WACHSENDE ANERKENNUNG FÜR DIE FINANZPOLITIK

Die Situation der Staatsfinanzen spielt heute im Sorgenkatalog der Bürger und in ihrer zukunftsbezogenen Risikoanalyse eine untergeordnete Rolle, ganz anders als noch vor drei Jahren. Die schwarze Null bei der Neuverschuldung hat die Einschätzung der Staatsfinanzen von Grund auf verändert. Heute halten 63 Prozent der Bevölkerung die finanzielle Lage des Staates für gut oder sogar sehr gut, nur 22 Prozent für nicht sonderlich gut und ganze 6 Prozent für gar nicht gut. Die bestehenden Staatsschulden fallen für die Mehrheit angesichts der erfolgreichen Reduzierung der Neuverschuldung weniger ins Gewicht und beeinflussen das Urteil über die Situation der Staatsfinanzen nur begrenzt.

Schaubild 10



Mittlerweile erkennt die große Mehrheit der Bürger an, dass es gelungen ist, die Neuverschuldung erfolgreich zu reduzieren. 2012 waren davon lediglich 31 Prozent der Bürger überzeugt, auch 2013 nur jeder Dritte. 2014 attestierte dann die Hälfte der Bevölkerung der Bundesregierung, dass sie sich erfolgreich um die Reduktion der Neuverschuldung bemüht; seither ist die Anerkennung weiter gewachsen: Mittlerweile stellen 60 Prozent der Bevölkerung der Bundesregierung hier ein gutes Zeugnis aus, während sich nur noch 29 Prozent kritisch äußern.

Schaubild 11

Wachsende Anerkennung für die Finanzpolitik

Frage: "Wie ist Ihr Eindruck: Wie erfolgreich bemüht sich die Bundesregierung darum, die Neuverschuldung zu reduzieren, also deutlich weniger neue Schulden aufzunehmen? Würden Sie sagen ...?"

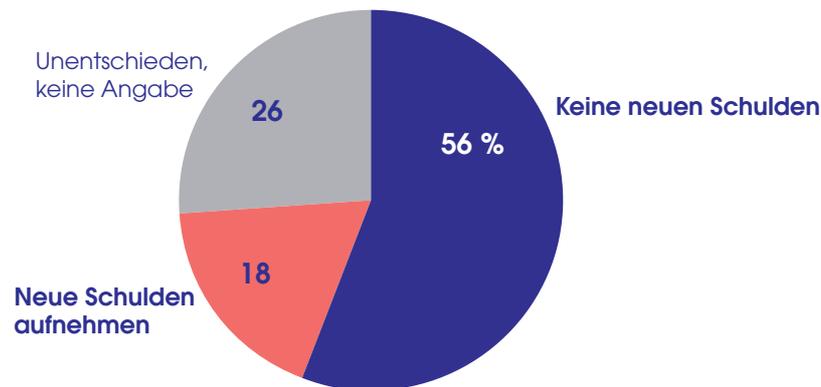
	2012	2013	2014	2015
	%	%	%	%
"sehr erfolgreich"	2	2	5	11
"einigermaßen erfolgreich"	29	31	45	49
"nicht sehr erfolgreich"	47	44	30	23
"gar nicht erfolgreich"	15	13	7	6
Unentschieden, keine Angabe	7	10	13	11
	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>	<i>100</i>

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 11049 © IfD-Allensbach

Die Mehrheit plädiert auch dafür, angesichts der finanziellen Herausforderungen der aktuellen Flüchtlingssituation an dem Ziel festzuhalten, keine neuen Schulden aufzunehmen. 56 Prozent der Bevölkerung unterstützen diese Position, während sich nur 18 Prozent dafür aussprechen, eine begrenzte Neuverschuldung in Kauf zu nehmen, um nicht an anderer Stelle sparen zu müssen.

Veto gegen neue Schulden

Frage: "Sollte der Staat trotz der aktuellen Flüchtlingssituation an seinem Ziel festhalten, im nächsten Jahr keine neuen Schulden aufzunehmen, oder sollte der Staat neue Schulden aufnehmen, um wegen der Flüchtlinge nicht an anderer Stelle sparen zu müssen?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11049

© IfD-Allensbach

Durch die sprudelnden Steuereinnahmen haben sich die Bürger über die letzten Jahre hinweg auch daran gewöhnt, dass die Reduktion der Neuverschuldung in erster Linie über wachsende Einnahmen und nicht über Einsparungen gelingt. Die Mehrheit sieht nur wenige Bereiche, in denen der Staat den Rotstift ansetzen sollte. Dies sind vor allem die Felder, wo sich die Mehrheit immer gut vorstellen kann, dass Einsparmöglichkeiten vorhanden sind – wie beispielsweise bei der staatlichen Verwaltung, bei den Ausgaben für Beamte und deren Pension, bei der Förderung der neuen Bundesländer, bei der Unterstützung hoch verschuldeter Euro-Länder und Subventionen für Wirtschaftszweige, die alleine nicht lebensfähig sind. Dies sind Ausgabenfelder, wo die große Mehrheit nicht befürchtet, dass staatliche Sparmaßnahmen sie persönlich betreffen könnten. Wie sehr hier persönliche Betroffenheit die Antworten prägt, zeigt die Unterstützung für Einsparungen bei der Förderung der neuen Bundesländer. Diese Forderung wird vor allem von Westdeutschen

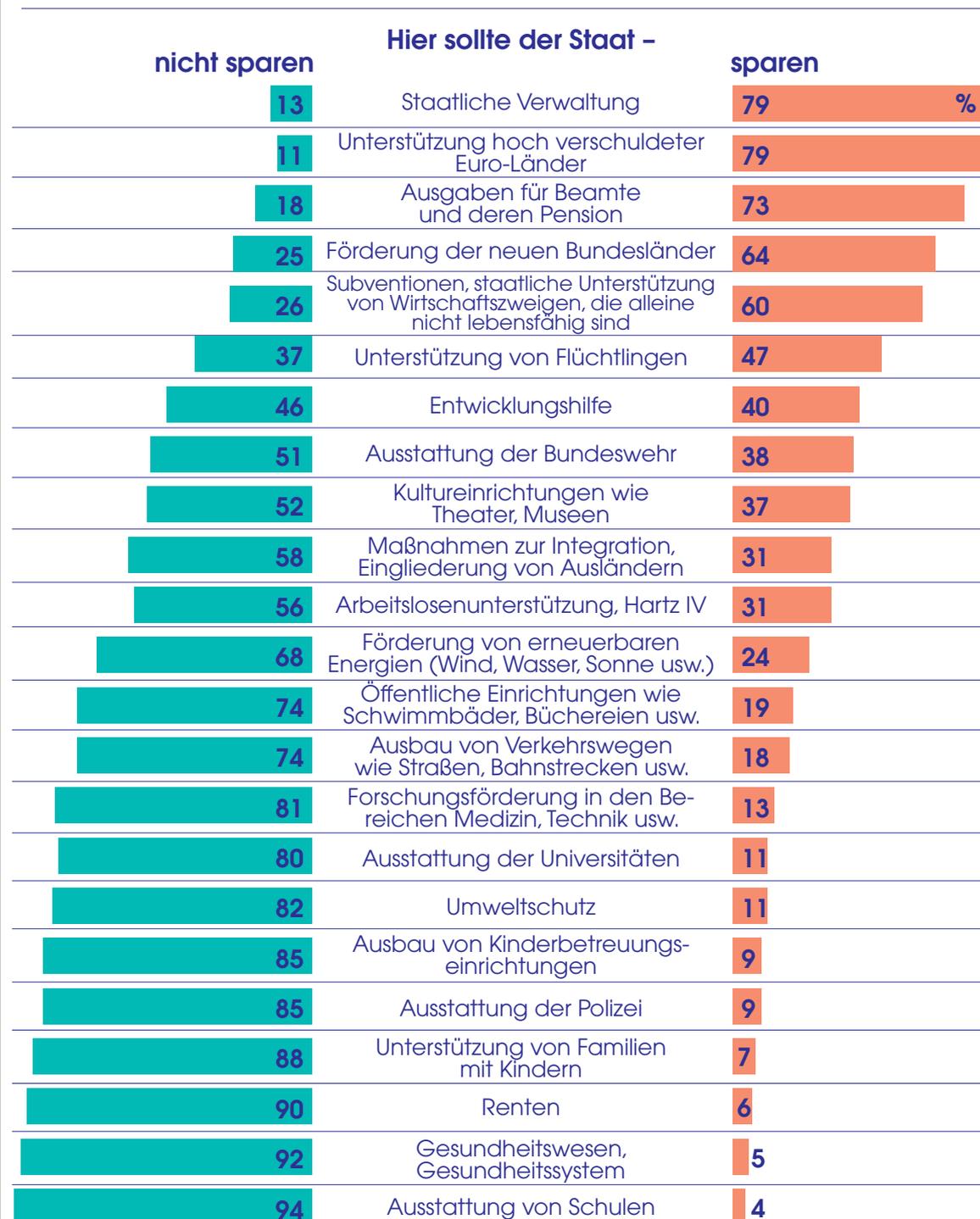
unterstützt, dagegen nur von einer Minderheit der Ostdeutschen: drei Viertel der Westdeutschen, 19 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung plädieren dafür, dass der Staat die Förderung der neuen Bundesländer zurückfahren sollte.¹

Eine relative Mehrheit plädiert auch für Einsparungen bei der Unterstützung von Flüchtlingen. Gleichzeitig spricht sich jedoch die große Mehrheit dagegen aus, den Rotstift bei Maßnahmen zur Integration von Ausländern anzusetzen. Während 47 Prozent eine Verringerung der Unterstützung von Flüchtlingen fordern, halten es nur 31 Prozent für sinnvoll, bei den Maßnahmen zur Eingliederung von Ausländern den Rotstift anzusetzen.

In allen Bereichen, in denen weite Teile der Bevölkerung fürchten, von Einsparungen persönlich betroffen zu sein, plädiert die überwältigende Mehrheit gegen Sparmaßnahmen. Dies gilt für die Ausstattung von Schulen und die Kinderbetreuungsinfrastruktur, für das Gesundheitswesen, die Renten, die Unterstützung von Familien mit Kindern, die Ausstattung der Polizei, die Universitäten und die Forschungsförderung sowie die Verkehrsinfrastruktur und öffentliche Einrichtungen wie Schwimmbäder, Büchereien etc.

¹ Vergleiche dazu Tabellenanhang, Tabelle 5 a)

Plädoyer gegen den Rotstift



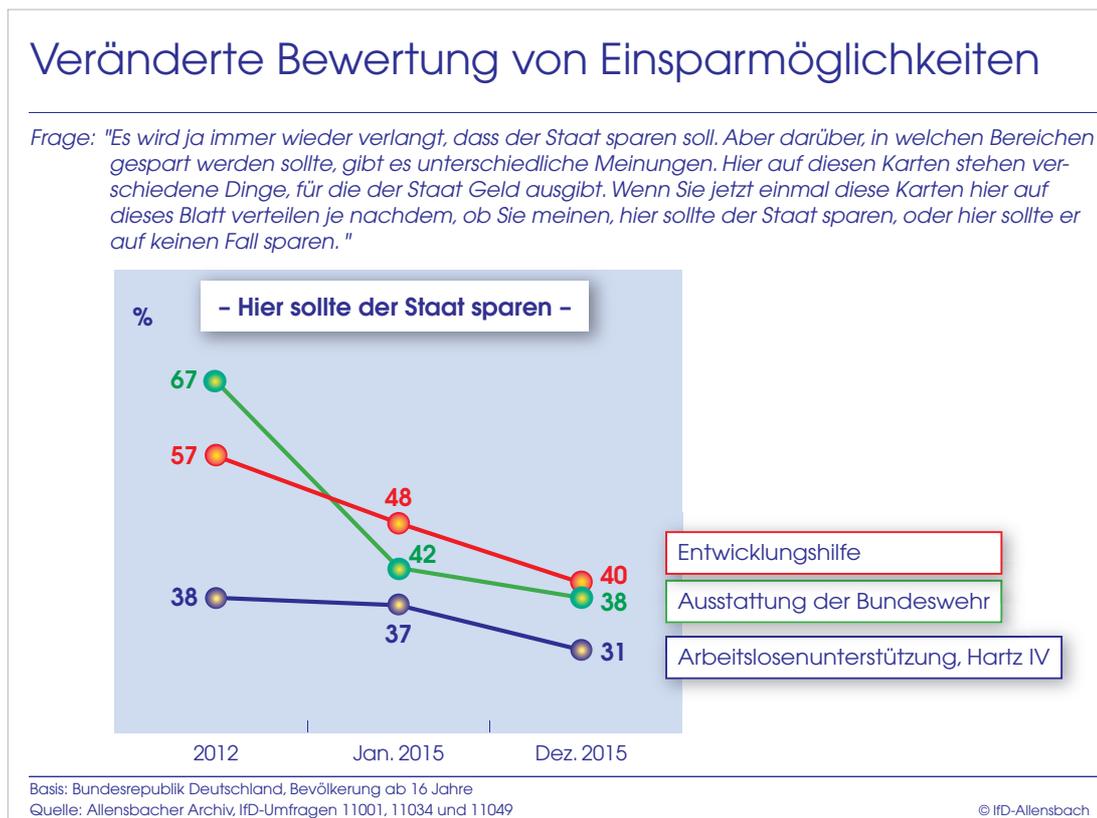
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11049

© IfD-Allensbach

Die Krisen der letzten Zeit haben teilweise zu einer veränderten Bewertung der Einsparmöglichkeiten in bestimmten Bereichen geführt. Dies gilt insbesondere für die Entwicklungshilfe und die Ausstattung der Bundeswehr. Noch vor drei Jahren sprachen sich zwei Drittel der Bevölkerung dafür aus, bei der Ausstattung der Bundeswehr den Rotstift anzusetzen. Diese Forderung wurde schon Anfang 2015 nur noch von 42 Prozent unterstützt, aktuell von 38 Prozent. Im selben Zeitraum ist die Unterstützung für eine Kürzung der Entwicklungshilfe von 57 auf 40 Prozent gesunken.

Tendenziell rückläufig sind auch Forderungen, die Arbeitslosenunterstützung zu verringern. Dies hielten vor drei Jahren noch 38 Prozent der Bevölkerung für sinnvoll, jetzt noch 31 Prozent.

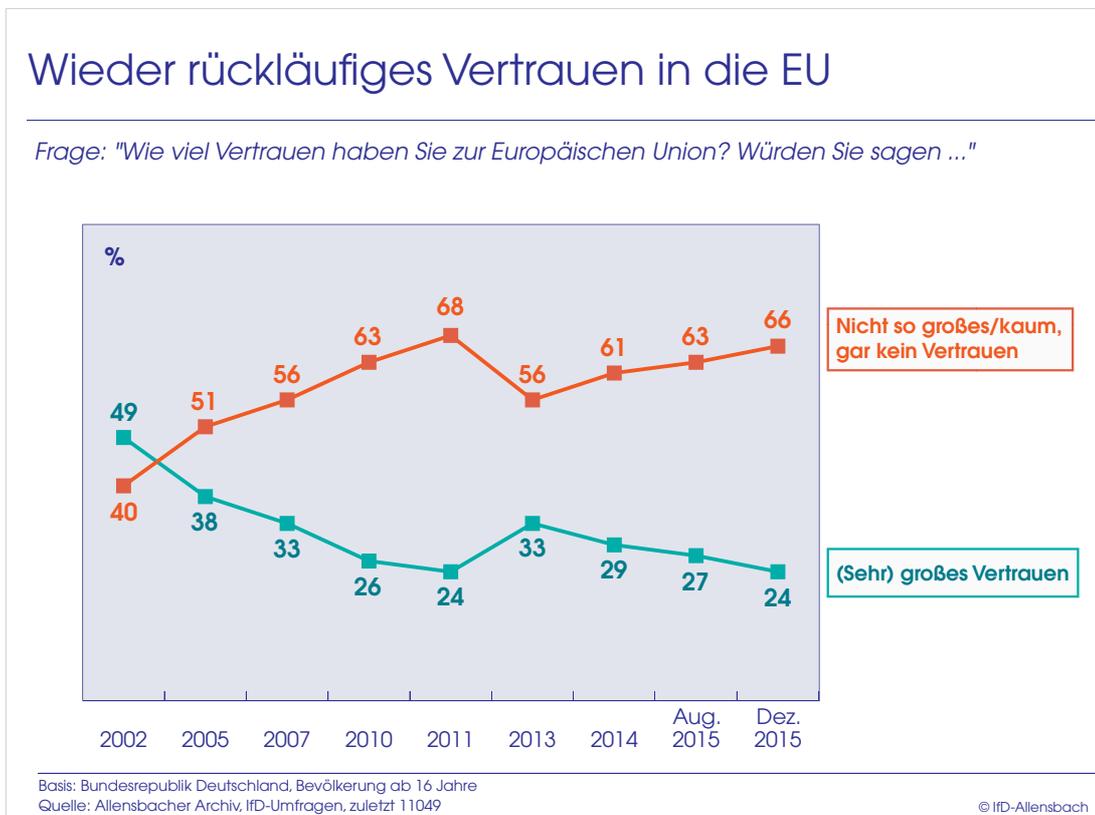
Schaubild 14



WACHSENDE EUROPA-SKEPSIS

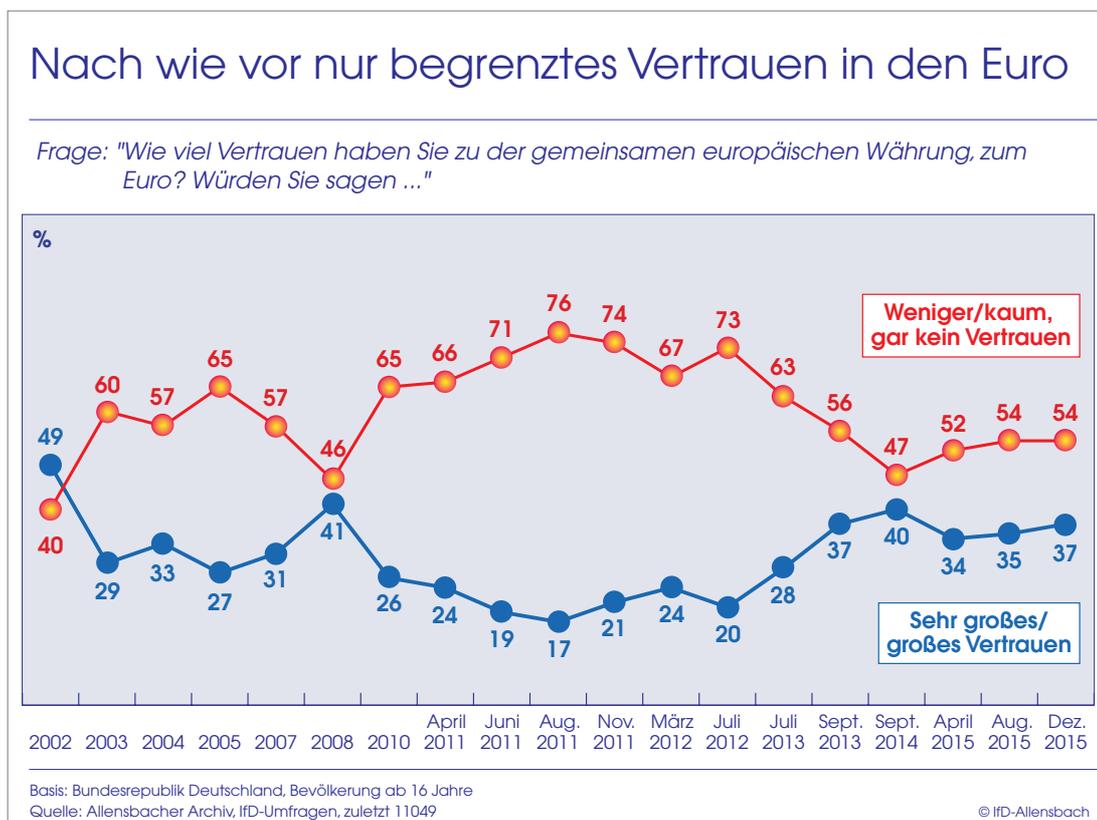
2015 dominierten in Europa und in der Berichterstattung über die Entwicklung der EU und der Währungsunion gravierende Probleme: die anhaltenden Schwierigkeiten in und mit Griechenland, die Austrittsdiskussionen in Großbritannien und vor allem der Dissens der Mitgliedsländer, wie auf die Flüchtlingswelle reagiert werden sollte. Vor diesem Hintergrund kann kaum überraschen, dass die Skepsis gegenüber Europa wächst. Der Anteil der Bevölkerung, der großes oder sogar sehr großes Vertrauen in die Europäische Union setzt, ist wieder auf einem Tiefpunkt angelangt: 2013 bekundeten noch 33 Prozent der Bürger großes Vertrauen in die EU, 2014 29 Prozent, jetzt nur noch 24 Prozent. 66 Prozent der Bevölkerung haben dagegen nur begrenztes oder sehr geringes Vertrauen in die Europäische Union. Das Stimmungsbild ähnelt heute wieder der Situation von 2011, als die Bevölkerung über die Eskalation der Krise in der Euro-Zone außerordentlich alarmiert war.

Schaubild 15



Dabei stehen für die Bürger zurzeit jedoch andere Aspekte im Mittelpunkt als 2011. Damals war auch das Vertrauen in die gemeinsame europäische Währung auf einem Tiefpunkt; im Sommer 2011 bekundeten nur noch 17 Prozent Vertrauen in den Euro. Heute sind es immerhin 37 Prozent. Die Trendanalyse zeigt, dass sich das Vertrauen in den Euro bis Ende 2014 sukzessive erholte, danach aber unter dem Eindruck der schwierigen Verhandlungen mit Griechenland vorübergehend wieder durchsackte. Seit dem Frühjahr 2015 ist das Vertrauen in die europäische Währung wieder tendenziell angestiegen.

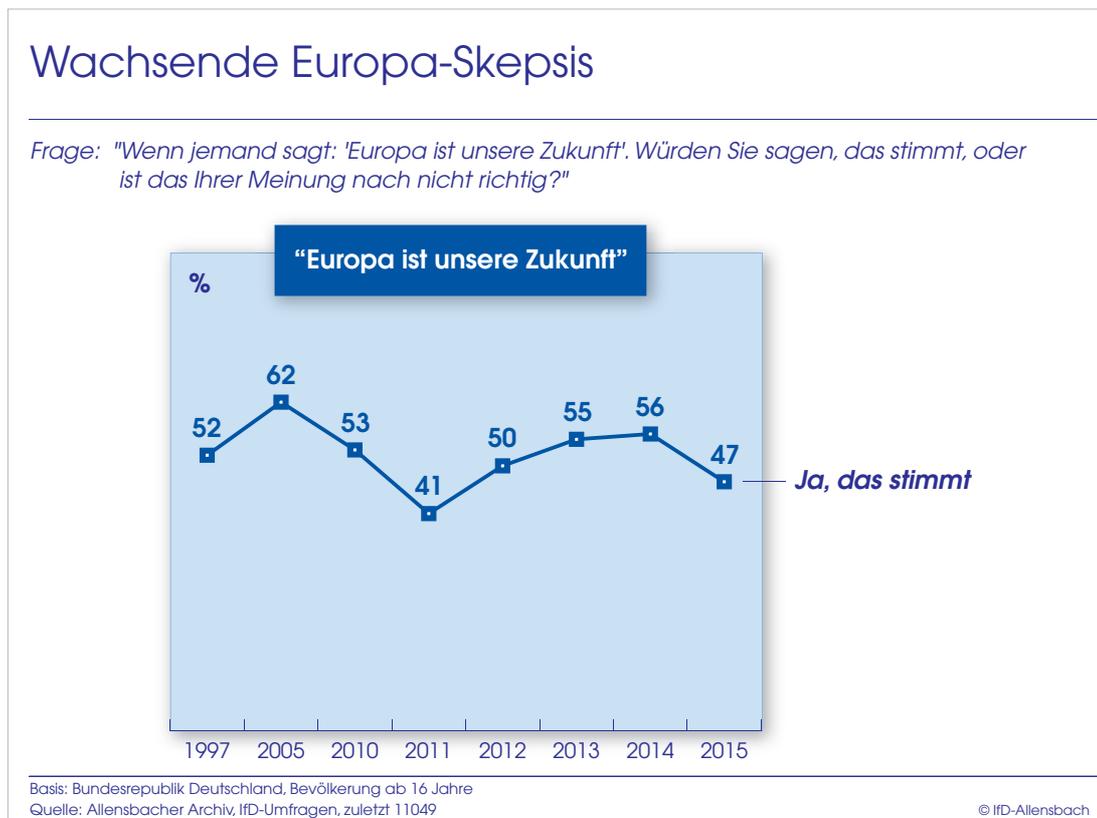
Schaubild 16



Die Stabilität der Währungsunion hat die Bürger in den letzten Monaten jedoch weniger bewegt als der offenkundige Dissens zwischen den europäischen Staaten in der Flüchtlingsfrage. Dies wie auch die Wahrnehmung, dass die Idee der europäischen Integration in mehreren europäischen Ländern grundsätzlich in Frage

gestellt wird, greifen auch in Deutschland die Gewissheit an, dass die europäische Integration der Zukunftsweg des Landes ist und sein muss. Noch 2014 stimmten 56 Prozent der Bevölkerung der These zu „Europa ist unsere Zukunft“. Heute teilen nur noch 47 Prozent diese Auffassung. Auch hier nähert sich das Meinungsbild wieder der Situation von 2011 an, als die Bürger immer mehr zweifelten, ob der europäische Weg der richtige ist.

Schaubild 17



Viele Diskussionen und Ereignisse haben den Bürgern 2015 vor Augen geführt, dass die Europäische Union keineswegs eine geschlossene Formation ist, sondern ein Zusammenschluss von Ländern mit sehr unterschiedlichen Interessen und Prioritäten. Entsprechend gering werden die Solidarität und der Zusammenhalt in der Union veranschlagt. Nur noch 17 Prozent der Bevölkerung halten die Solidarität zwischen den Mitgliedsländern der Europäischen Union für groß, 57 Prozent

dagegen für begrenzt und 18 Prozent für kaum oder gar nicht vorhanden. Unter dem Eindruck der Meinungsverschiedenheiten über die Bewältigung der Flüchtlingskrise hat sich der Eindruck signifikant verstärkt, dass es zwischen den Mitgliedsländern kaum noch Zusammenhalt und Solidarität gibt. Im August wurde diese Position von 11 Prozent vertreten, jetzt von 18 Prozent. Der Anteil der Bevölkerung, der noch optimistisch von einem großen Zusammenhalt in der EU ausgeht, ist in diesen wenigen Monaten von 22 auf 17 Prozent zurückgegangen.

Schaubild 18

Geringer Zusammenhalt

Frage: "Wie ist Ihr Eindruck: Wie groß ist ganz allgemein die Solidarität, der Zusammenhalt zwischen den Mitgliedsländern der Europäischen Union? Würden Sie sagen, der Zusammenhalt ist ..."

	August 2015 %	Dezember 2015 %
"sehr groß"	1	1
"groß"	21	16
"weniger groß"	57	57
"kaum bzw. gar nicht vorhanden"	11	18
Unentschieden, keine Angabe	10	8
	<i>100</i>	<i>100</i>

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11044 und 11049

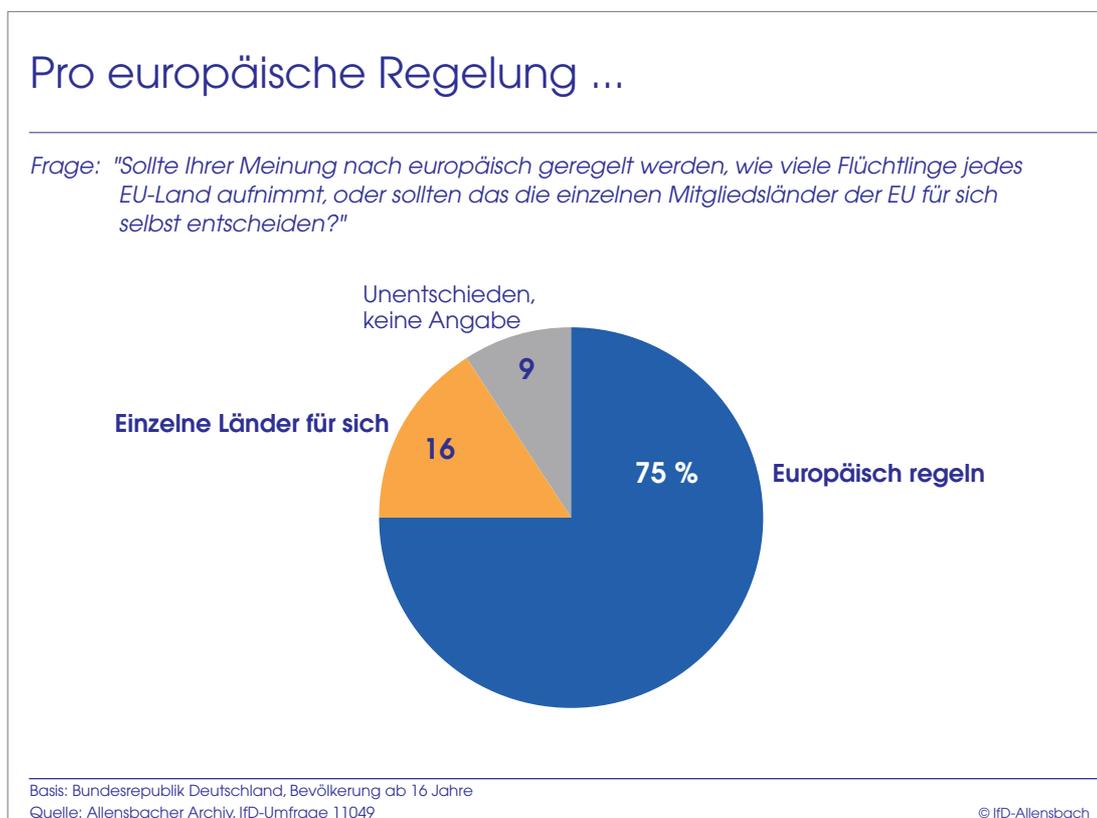
© IfD-Allensbach

Der anhaltende Flüchtlingszustrom wie auch die ungelösten Probleme in der Währungsunion machen es unwahrscheinlich, dass das Vertrauen der Bürger in die EU und den europäischen Weg in nächster Zeit wieder signifikant anwächst.

UNZUFRIEDENHEIT UND PESSIMISMUS IN BEZUG AUF DIE EUROPÄISCHE FLÜCHTLINGSPOLITIK

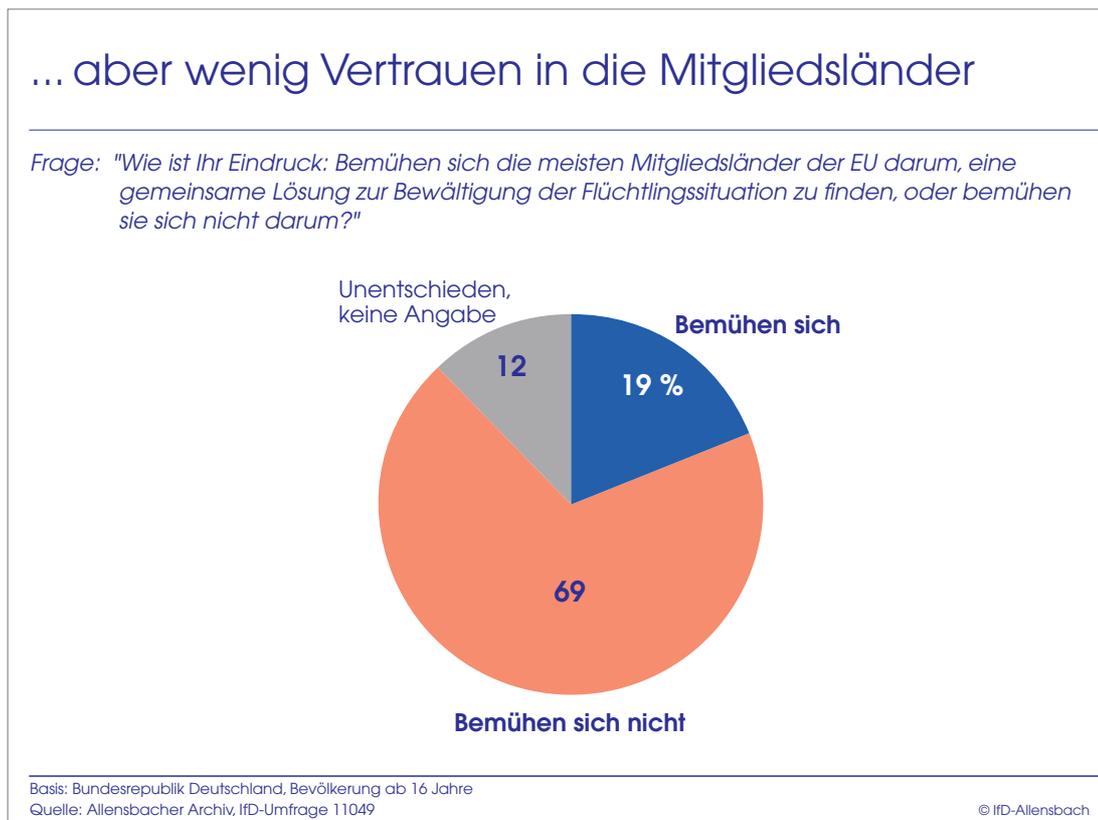
Für die überwältigende Mehrheit der Bürger steht außer Frage, dass die Aufnahme und Verteilung der Flüchtlinge auf europäischer Ebene geregelt werden müsste. 75 Prozent der Bevölkerung plädieren für eine europäische Regelung, lediglich 16 Prozent möchten Flüchtlingspolitik in der nationalen Verantwortung belassen. Dies bedeutet einen erheblichen Meinungsumschwung gegenüber dem Stimmungsbild, das noch vor zwei, drei Jahren dominierte. Damals plädierte die Mehrheit der Bevölkerung für eine nationale Regelung von Zuwanderung und Asyl, jetzt nur noch eine kleine Minderheit. Die Eskalation der Flüchtlingswelle hat der großen Mehrheit deutlich gemacht, dass dies keine nationale Herausforderung ist – insbesondere in einem Verbund von Ländern mit offenen Grenzen.

Schaubild 19



Das Vertrauen, dass die Mitgliedsländer der EU wirklich eine gemeinsame Lösung erreichen werden, ist allerdings gering. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung hat nicht einmal den Eindruck, dass sich die meisten Mitgliedsländer der EU wirklich um eine gemeinsame Lösung zur Bewältigung der Flüchtlingssituation bemühen. Nur 19 Prozent gehen davon aus, dass die meisten Mitgliedsländer eine gemeinsame Lösung anstreben, 69 Prozent sind hier skeptisch.

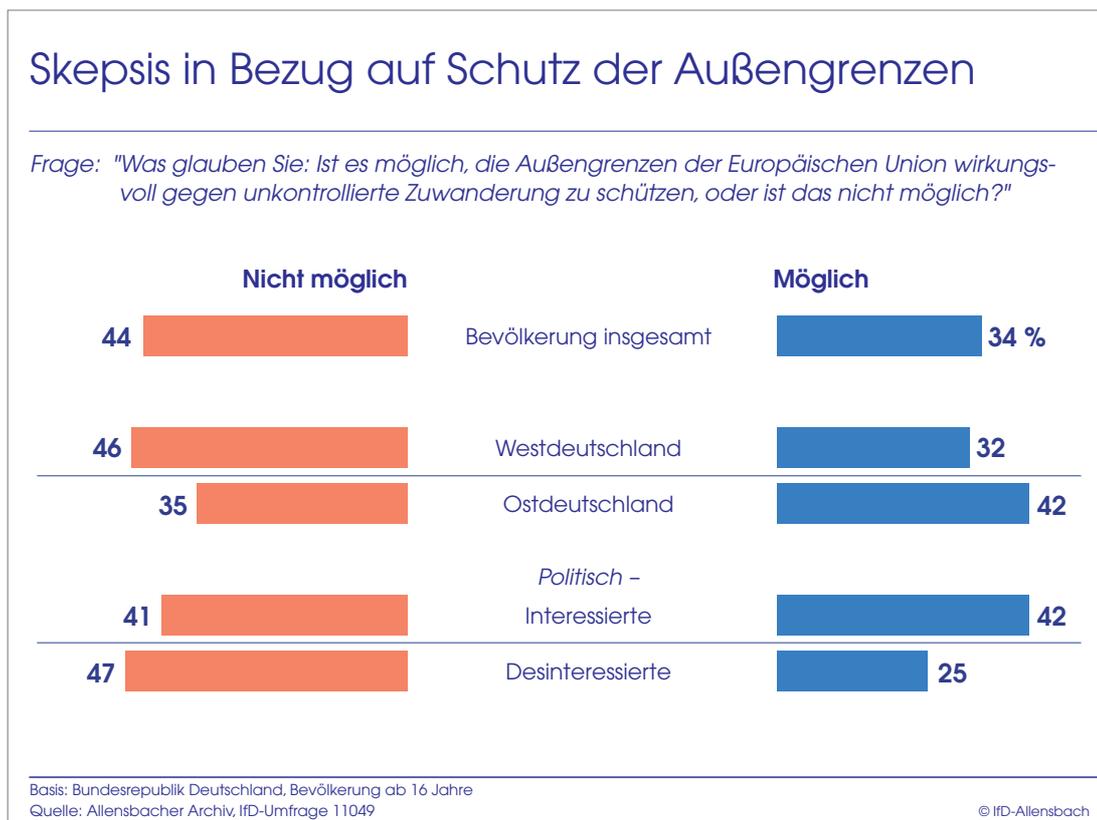
Schaubild 20



Unter dem Eindruck des Zustroms der letzten Monate und des zumindest vorübergehenden Kontrollverlustes hat sich jedoch in weiten Teilen der Bevölkerung auch Fatalismus in Bezug auf die Frage breit gemacht, wieweit Europa überhaupt die Zuwanderung steuern kann. Eine starke relative Mehrheit hält es zurzeit für nicht möglich, die Außengrenzen der Europäischen Union wirksam gegen unkontrollierte Zuwanderung zu schützen. 44 Prozent der Bürger sind davon

überzeugt, während nur 34 Prozent davon ausgehen, dass die EU die Kontrolle über ihre Außengrenzen zurückgewinnen kann. Die ostdeutsche Bevölkerung ist hier optimistischer als die westdeutsche; auch politisch Interessierte gehen überdurchschnittlich davon aus, dass sich die Europäische Union mit den richtigen Maßnahmen wirkungsvoll gegen unkontrollierte Zuwanderung schützen kann.

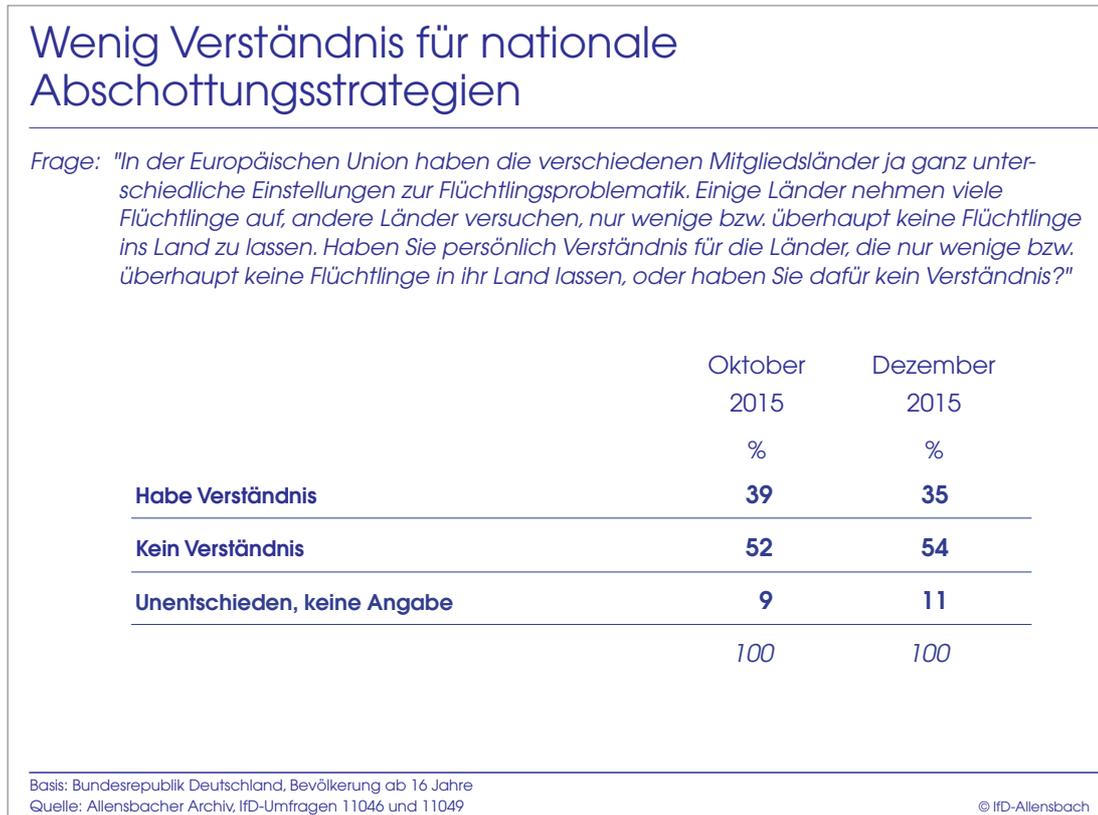
Schaubild 21



Die zunehmenden nationalen Anstrengungen in Europa, die jeweils eigenen Grenzen weniger durchlässig zu machen und sich soweit wie möglich gegen Flüchtlinge abzuschotten, treffen bei der Mehrheit der deutschen Bevölkerung auf Unverständnis. 54 Prozent der Bürger haben kein Verständnis für Mitgliedsländer, die versuchen, möglichst wenig oder keine Flüchtlinge aufzunehmen. Nur 35 Prozent der Bevölkerung haben für diese Länder Verständnis. Damit ist das Verständnis für nationale Abschottungsstrategien in den letzten Monaten noch einmal tendenziell

zurückgegangen. Im Oktober bekundeten noch 39 Prozent Verständnis für solche Strategien, im Dezember nur noch 35 Prozent.

Schaubild 22



Dieses Meinungsbild ist relativ festgefügt und ändert sich auch unter dem Eindruck von Argumenten nur marginal. Auch wenn das Argument angeführt wird, dass Deutschland alleine entschieden hat, dass es keine Obergrenze für Flüchtlinge gibt, und entsprechend nicht von anderen EU-Ländern verlangen kann, die nach Deutschland einströmenden Flüchtlinge teilweise aufzunehmen, folgen nur 33 Prozent dieser Argumentation. Die Mehrheit plädiert auch dann für eine Verteilung der Flüchtlinge – notfalls auch durch Sanktionen erzwungen. Westdeutschland und Ostdeutschland vertreten hier allerdings deutlich abweichende Positionen. So bekundet die Bevölkerung in Ostdeutschland mehr Verständnis für Länder, die sich abschotten, und vertritt weitaus weniger die Auffassung, dass man von anderen EU-

Ländern verlangen müsste, dass sie mehr Flüchtlinge aufnehmen. Diese Position wird von 56 Prozent der westdeutschen, aber nur von 40 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung vertreten.

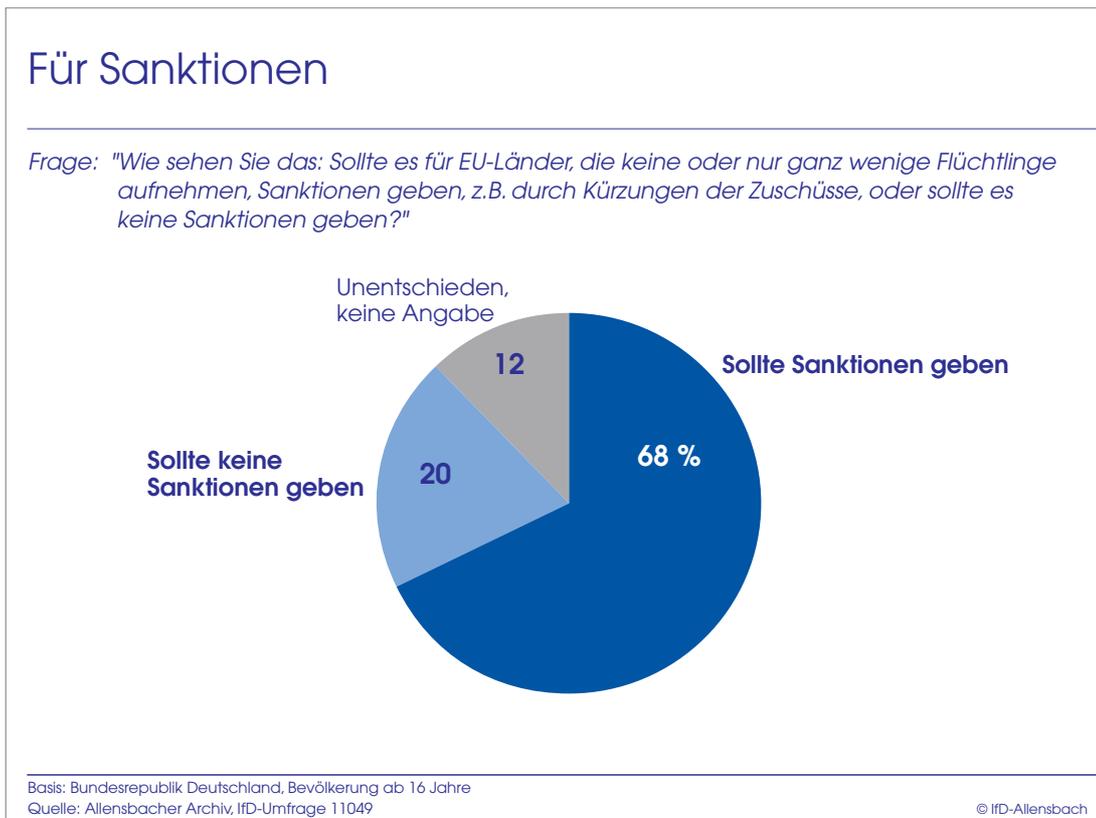
Schaubild 23

Unterschiedliche Positionen in Ost und West			
<i>Frage: "Hier unterhalten sich zwei darüber, dass andere europäische Länder nur sehr wenige Flüchtlinge aufnehmen. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?"</i>			
	Bevölkerung insgesamt	West- deutschland	Ost- deutschland
	%	%	%
"Ich finde, man muss von den anderen EU-Ländern verlangen, dass sie mehr Flüchtlinge aufnehmen. Wenn sie sich weigern, muss man über Sanktionen für diese Länder nachdenken."	53	56	40
"Das sehe ich anders. Deutschland hat alleine entschieden, dass es keine Obergrenze für Flüchtlinge bei uns gibt. Daher kann man von den anderen EU-Ländern auch nicht verlangen, dass sie mehr von den Flüchtlingen aufnehmen, die jetzt nach Deutschland kommen."	33	32	38
Unentschieden, keine Angabe	14	12	22
	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11049

© IfD-Allensbach

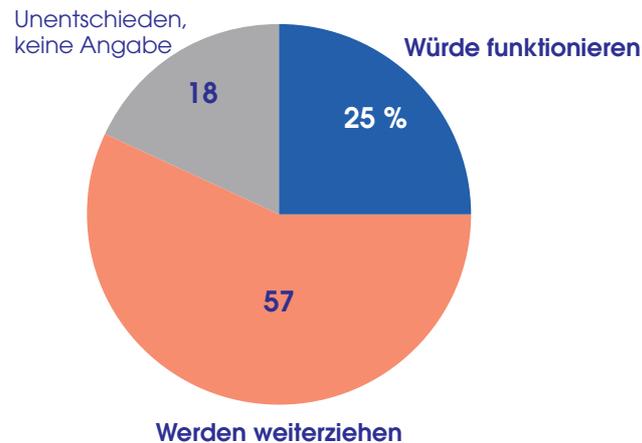
Insgesamt findet der Vorschlag, EU-Ländern, die nur wenige oder keine Flüchtlinge aufnehmen wollen, Zuschüsse zu kürzen, breite Zustimmung. 68 Prozent der Bürger sprechen sich hier für finanzielle Sanktionen aus, nur 20 Prozent widersprechen dezidiert.



Gleichzeitig ist in Bezug auf die Verteilung von Flüchtlingen innerhalb Europas jedoch in der Bevölkerung weit verbreitet derselbe Fatalismus festzustellen wie in Bezug auf die Möglichkeiten, die Außengrenzen der EU zu schützen. Obwohl die Mehrheit dafür plädiert, von anderen EU-Ländern zu verlangen, mehr Flüchtlinge aufzunehmen und dies notfalls mit Sanktionen durchzusetzen, glaubt die Mehrheit gleichzeitig nicht, dass daraus eine nachhaltige Verteilung der Lasten aus der Flüchtlingswelle resultieren wird. Nur 25 Prozent der Bevölkerung glauben, dass solche Quotenregelungen funktionieren würden, während 57 Prozent der Überzeugung sind, dass die Flüchtlinge letztlich in das Land weiterziehen werden, das ihr Zielland ist.

Wenig Vertrauen in Quoten

Frage: "Es wird ja immer wieder vorgeschlagen, die Flüchtlinge auf die EU-Mitgliedsländer zu verteilen und jedem Mitgliedsland eine bestimmte Anzahl an Flüchtlingen zuzuweisen. Glauben Sie, dass eine solche Verteilung der Flüchtlinge auf die Mitgliedsländer funktionieren würde, oder werden die Flüchtlinge in das Land weiterziehen, in das sie selbst gerne möchten?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11049

© IfD-Allensbach

Die Ergebnisse zeigen, dass die Flüchtlingskrise das Potential hat, zu einer Vertrauenskrise von Europa und der europäischen und nationalen Politik zu werden. Wenn weite Teile der Bevölkerung den Eindruck haben, dass Probleme eskalieren, und gleichzeitig aber Fatalismus dominiert, dass es weder im nationalen noch im europäischen Rahmen zu einer zufriedenstellenden Lösung dieser Probleme kommen wird, unterminiert dies im Allgemeinen das Vertrauen in die Lösungskompetenz der Politik.

STARKE POSITION DEUTSCHLANDS IN EUROPA

Bei der Einschätzung der deutschen Position in Europa trennt die Bevölkerung zurzeit scharf zwischen dem Flüchtlingsthema und anderen europäischen Fragen. In Bezug auf den Umgang mit der Flüchtlingswelle ist die Mehrheit überzeugt, dass Deutschland sich mit seiner Position in Europa isoliert hat. 52 Prozent haben den Eindruck, dass Deutschland bei diesem Thema weitgehend isoliert ist; 38 Prozent haben den Eindruck, dass einige andere Länder eine ähnliche Position beziehen, nur 5 Prozent sehen die deutsche Position in Übereinstimmung mit der Politik der meisten Mitgliedsländer. Politisch desinteressierte Bevölkerungskreise sind tendenziell noch mehr als politisch interessierte Bürger überzeugt, dass sich Deutschland in der Flüchtlingsfrage isoliert hat. Auch die politisch interessierten Bevölkerungskreise sind jedoch zu 50 Prozent überzeugt, dass Deutschland mit seiner Flüchtlingspolitik in Europa weitgehend alleine steht.

Schaubild 26

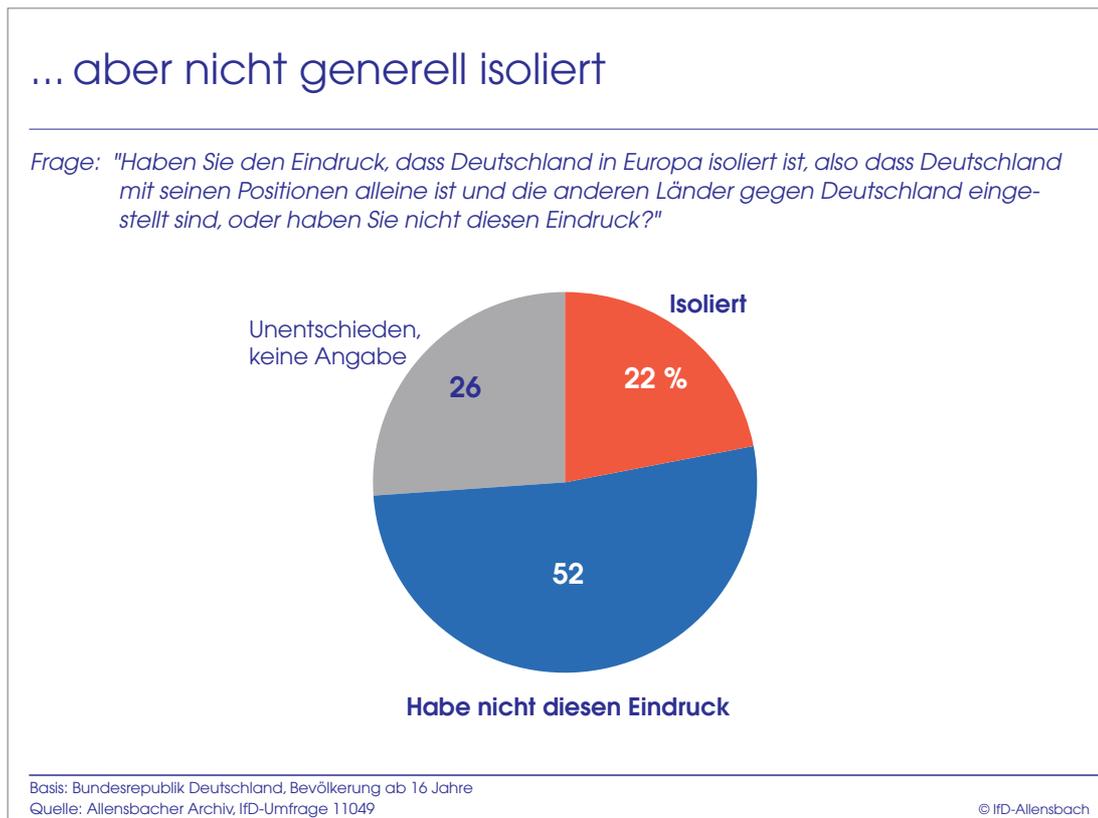
Isoliert in der Flüchtlingspolitik			
<i>Frage: "Haben Sie den Eindruck, dass Deutschland im Umgang mit der Flüchtlingsfrage in Europa weitgehend allein steht, oder gehen andere europäische Länder ähnlich mit der Flüchtlingsfrage um?"</i>			
	Bevölkerung insgesamt	Politisch –	
	%	Inter- essierte %	Desinter- essierte %
Weitgehend allein	52	50	55
Einige andere ähnlich	38	43	32
Viele andere ähnlich	5	4	5
Unentschieden, keine Angabe	5	3	8
	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11049

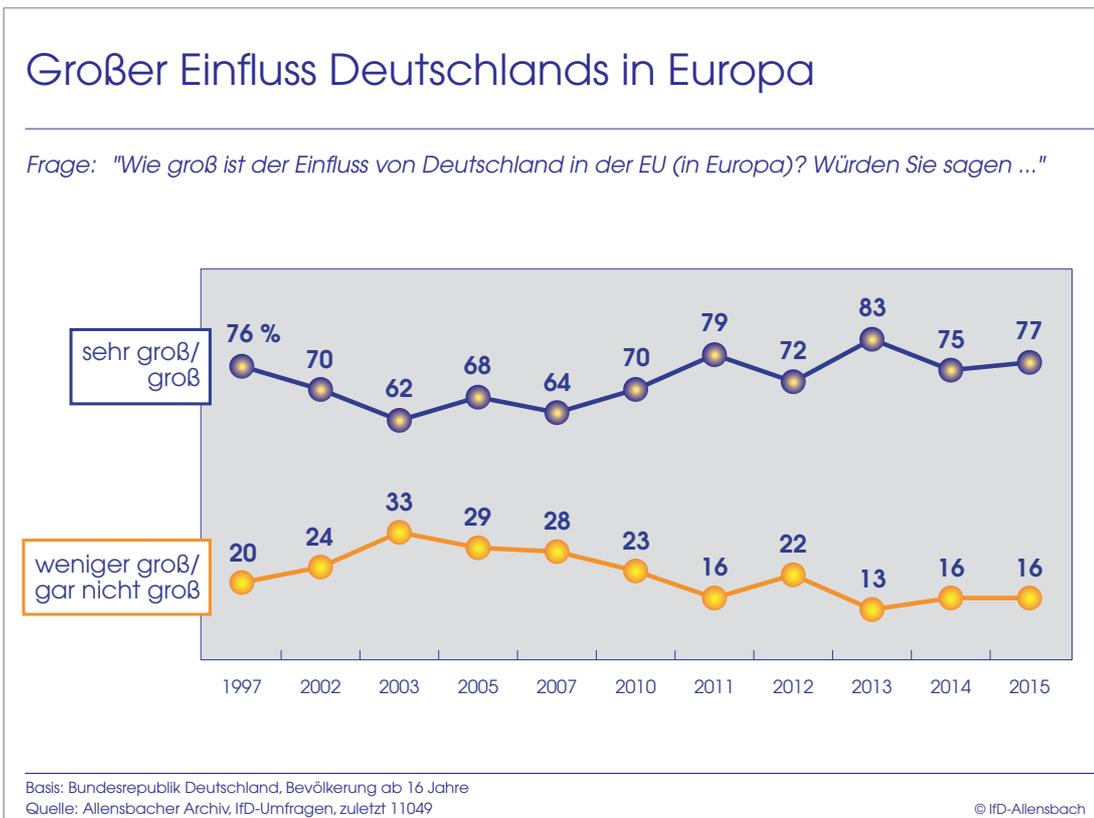
© IfD-Allensbach

Die meisten gehen jedoch nicht davon aus, dass die abweichende Haltung Deutschlands in der Flüchtlingsfrage Deutschland generell in Europa isoliert. Nur 22 Prozent der Bürger sind überzeugt, dass Deutschland mit seinen Positionen in Europa generell alleine steht und die meisten anderen Länder gegen Deutschland Position beziehen. 52 Prozent widersprechen hier dezidiert.

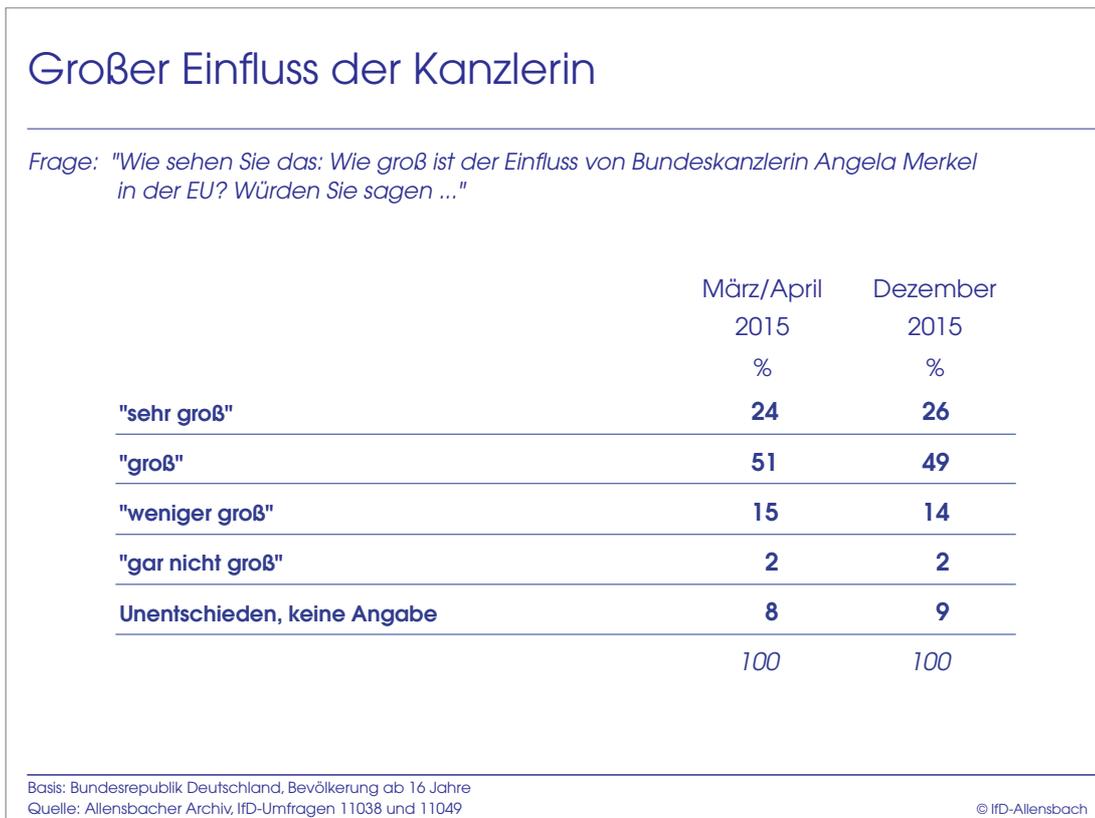
Schaubild 27



Die überwältigende Mehrheit ist auch unverändert überzeugt, dass Deutschlands Einfluss in der EU außerordentlich groß ist. 77 Prozent vertreten diese Auffassung, während nur 16 Prozent von einem eng begrenzten deutschen Einfluss ausgehen. Die Überzeugung, dass Deutschland in Europa ein, wenn nicht der gravierende Machtfaktor ist, hat auch über die letzten Jahre nicht gelitten.



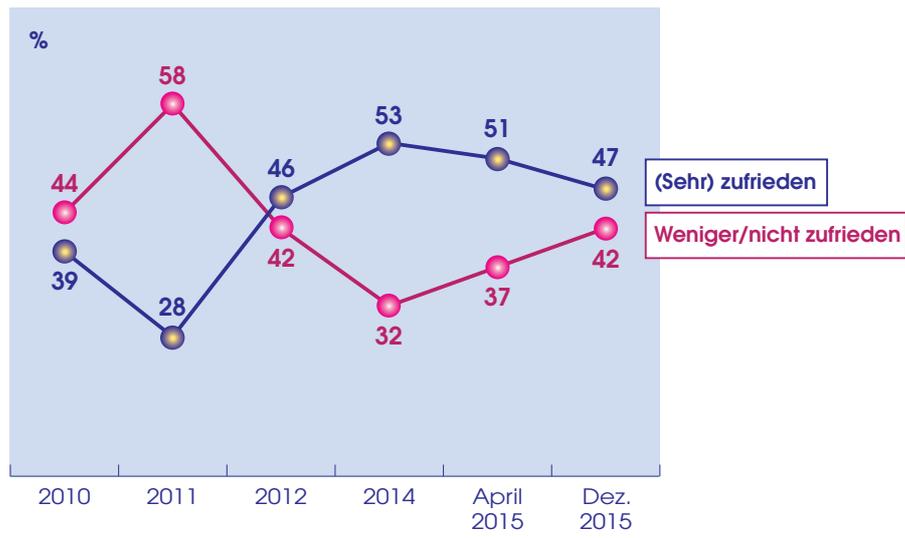
Genauso geht die überwältigende Mehrheit stabil davon aus, dass Kanzlerin Merkel in der EU außerordentlich großen Einfluss hat. 75 Prozent halten ihren Einfluss in der EU für groß oder sehr groß; dieser Anteil stimmt exakt mit den Frühjahrswerten überein, als der Kurs in der Flüchtlingsfrage in den europäischen Debatten noch keine Rolle spielte.



Allerdings sinkt die Zufriedenheit mit der Nutzung dieses Einflusses kontinuierlich ab. 2014 waren noch 53 Prozent der Bürger mit der Wahrnehmung deutscher Interessen in der Europäischen Union zufrieden, auch im April 2015 immerhin noch 51 Prozent, aktuell nur noch 47 Prozent. Die kritischen Stimmen haben dagegen seit 2014 von 32 auf 42 Prozent zugenommen. Damit überwiegen die anerkennenden Stimmen zurzeit noch – anders als zur Zeit der Eskalation der Krise in der Euro-Zone, als die große Mehrheit der Bürger mit der Wahrnehmung deutscher Interessen in Europa nicht zufrieden war.

Weniger Zufriedenheit mit der Vertretung deutscher Interessen

Frage: "Wie zufrieden sind Sie alles in allem damit, wie die Bundesregierung die Interessen Deutschlands in der Europäischen Union vertritt?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
 Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 11049

© IfD-Allensbach

Allensbach am Bodensee,
 am 5. Januar 2016

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

TABELLEN-TEIL

TECHNISCHE ERLÄUTERUNGEN

Basis der folgenden Tabellen sind in der Regel alle Befragten. Sofern eine Frage nur an eine Teilgruppe der Befragten gerichtet war oder in der Tabelle nur für eine bestimmte Teilgruppe ausgewertet wurde, ist diese Teilgruppe oberhalb der Tabelle und des Frage-textes ausgewiesen.

Prozentsumme

Die vorliegende Zusammenstellung kann Tabellen enthalten, bei denen die Summe der Prozentzahlen mehr als 100,0 ergibt; dieser Fall tritt ein, wenn auf eine Frage mehrere Antworten nebeneinander gegeben werden konnten. Daneben addieren in einigen Fällen die Ergebnisse auf wenige Zehntelprozent unter oder über 100,0 Prozent. Diese Differenzen sind auf Ab- bzw. Aufrundungen zurückzuführen, die vom Analyseprogramm im Endergebnis nicht ausgeglichen werden.

In den Computertabellen werden einige Bezeichnungen verwendet, deren Bedeutung nachfolgend erklärt wird.

Das Zeichen "-"

"-" in den Tabellen bedeutet, dass von keinem Befragten eine entsprechende Angabe gemacht wurde.

Gewichtete Basis

Die Bezeichnung "Gew. Basis" am Ende jeder Tabelle hängt mit der Gewichtungsoption zusammen und hat nur eine technische Bedeutung.

Anhänger der Parteien

Als Anhänger der verschiedenen Parteien werden diejenigen Personen bezeichnet, die die jeweilige Partei als sympathischste nannten

TABELLEN

Wirtschaftliche Situation

ES WIRD JA IMMER WIEDER VELANGT, DASS DER STAAT SPAREN SOLL. ABER DARÜBER, IN WELCHEN BEREICHEN GESPART WERDEN SOLLTE, GIBT ES UNTERSCHIEDLICHE MEINUNGEN. HIER AUF DIESEN KARTEN STEHEN VERSCHIEDENE DINGE, FÜR DIE DER STAAT GELD AUSGIBT. WENN SIE JETZT EINMAL DIESE KARTEN HIER AUF DIESES BLATT VERTEILEN, JE NACHDEM, OB SIE MEINEN, HIER SOLLTE DER STAAT SPAREN, ODER HIER SOLLTE ER AUF KEINEN FALL SPAREN. WO SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE DIE KARTEN BITTE EINFACH BEISEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 26)

HIER SOLLTE DER STAAT SPAREN:

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT
Basis	1457	1091	366	717	740	242	305	408	502	818	639
STAATLICHE VERWALTUNG.....	79.3	79.0	80.7	80.0	78.7	71.9	77.9	82.5	81.5	78.1	80.7
UNTERSTÜTZUNG HOCHVERSCHULDETER EURO-LÄNDER.....	79.1	78.1	83.3	79.3	78.8	76.4	78.0	80.1	80.3	75.8	82.8
AUSGABEN FÜR BEAMTE UND DEREN PENSION.....	73.0	71.0	81.5	72.9	73.1	68.5	72.9	75.5	73.3	69.8	76.6
FÖRDERUNG DER NEUEN BUNDESLÄNDER.....	64.0	74.1	19.4	65.5	62.6	63.5	62.0	65.6	64.1	65.3	62.5
SUBVENTIONEN, STAATLICHE UNTER- STÜTZUNG VON WIRT- SCHAFTSZWEIGEN, DIE ALLEINE NICHT LEBENSFÄHIG SIND....	60.0	60.6	57.1	63.0	57.2	55.7	56.6	62.0	62.7	62.4	57.2
UNTERSTÜTZUNG VON FLÜCHTLINGEN.....	47.1	45.9	52.8	50.9	43.6	40.6	44.1	47.8	52.1	45.5	49.0
ENTWICKLUNGSHILFE...	39.5	39.2	40.6	42.2	37.0	34.7	35.5	39.2	44.8	37.3	42.0
AUSSTATTUNG DER BUNDESWEHR.....	38.3	37.9	40.3	37.2	39.4	38.8	41.9	37.0	36.9	36.9	40.0
KULTUREINRICHTUNGEN WIE THEATER, MUSEEN	36.7	39.9	22.8	40.6	33.1	41.1	32.0	36.9	37.2	31.8	42.4
MASSNAHMEN ZUR INTEGRATION, EINGLIEDERUNG VON AUSLÄNDERN.....	31.2	29.5	39.0	35.0	27.7	26.1	27.6	31.8	35.8	29.7	33.0
ARBEITSLOSENUNTER- STÜTZUNG, HARTZ IV..	31.1	31.5	29.1	33.2	29.0	32.6	29.0	28.7	33.6	31.3	30.8
FÖRDERUNG VON ER- NEUERBAREN ENERGIEEN (WIND, WASSER, SONNE USW.).....	24.4	23.1	30.1	25.7	23.2	18.6	25.5	27.1	24.6	24.8	24.0

ES WIRD JA IMMER WIEDER VELANGT, DASS DER STAAT SPAREN SOLL. ABER DARÜBER, IN WELCHEN BEREICHEN GESPART WERDEN SOLLTE, GIBT ES UNTERSCHIEDLICHE MEINUNGEN. HIER AUF DIESEN KARTEN STEHEN VERSCHIEDENE DINGE, FÜR DIE DER STAAT GELD AUSGIBT. WENN SIE JETZT EINMAL DIESE KARTEN HIER AUF DIESES BLATT VERTEILEN, JE NACHDEM, OB SIE MEINEN, HIER SOLLTE DER STAAT SPAREN, ODER HIER SOLLTE ER AUF KEINEN FALL SPAREN. WO SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE DIE KARTEN BITTE EINFACH BEISEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 26)

HIER SOLLTE DER STAAT SPAREN:

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -		
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 U. ÄLTER	JAHRE	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT
Basis	1457	1091	366	717	740	242	305	408	502		818	639
ÖFFENTLICHE EIN- RICHTUNGEN WIE SCHWIMMBÄDER, BÜCHEREIEN USW.....	19.2	21.1	10.8	20.3	18.2	24.6	17.2	17.8	18.8		16.8	22.0
AUSBAU VON VERKEHRS- WEGEN WIE STRASSEN, BAHNSTRECKEN USW. ..	18.3	18.5	17.4	16.6	19.9	15.7	22.1	16.0	19.4		16.8	20.1
FORSCHUNGSFÖRDERUNG IN DEN BEREICHEN MEDIZIN, TECHNIK USW.	12.5	13.2	9.6	13.2	11.8	12.0	12.7	13.0	12.2		9.9	15.5
AUSSTATTUNG DER UNIVERSITÄTEN.....	11.4	12.1	8.1	10.6	12.2	9.4	10.6	11.1	13.3		8.9	14.3
UMWELTSCHUTZ.....	11.0	11.5	8.8	14.5	7.7	9.0	11.4	11.7	11.2		9.4	12.8
AUSBAU VON KINDER- BETREUUNGS- EINRICHTUNGEN.....	9.2	10.4	4.1	11.6	7.0	7.7	7.2	10.1	10.5		8.9	9.6
AUSSTATTUNG DER POLIZEI.....	9.0	9.4	7.5	9.4	8.7	10.0	9.2	8.4	8.9		7.8	10.5
UNTERSTÜTZUNG VON FAMILIEN MIT KINDERN.....	7.2	7.5	5.6	7.4	6.9	8.6	5.8	7.4	7.0		7.5	6.8
RENTEN.....	5.5	6.2	2.6	6.4	4.7	8.3	6.0	5.0	4.2		5.5	5.6
GESUNDHEITSWESEN, GESUNDHEITSSYSTEM...	4.5	5.1	1.8	6.0	3.0	5.2	5.7	4.5	3.3		4.7	4.2
AUSSTATTUNG VON SCHULEN.....	4.1	4.3	3.1	4.2	4.0	3.9	4.5	4.8	3.4		2.4	6.0
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		100.0	100.0

ES WIRD JA IMMER WIEDER VELANGT, DASS DER STAAT SPAREN SOLL. ABER DARÜBER, IN WELCHEN BEREICHEN GESPART WERDEN SOLLTE, GIBT ES UNTERSCHIEDLICHE MEINUNGEN. HIER AUF DIESEN KARTEN STEHEN VERSCHIEDENE DINGE, FÜR DIE DER STAAT GELD AUSGIBT. WENN SIE JETZT EINMAL DIESE KARTEN HIER AUF DIESES BLATT VERTEILEN, JE NACHDEM, OB SIE MEINEN, HIER SOLLTE DER STAAT SPAREN, ODER HIER SOLLTE ER AUF KEINEN FALL SPAREN. WO SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE DIE KARTEN BITTE EINFACH BEISEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 26)

HIER SOLLTE DER STAAT SPAREN:

	ANHÄNGER DER -						BEZÜGLICH 2016		FINANZ. LAGE DES STAATES			VERTRAUEN IN EUROP. WÄHRUNG	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	ALTER- NATIVE FÜR D.	HOFF- NUNGEN	SKEPSIS/ BEFÜRCHT.	(SEHR) GUT	NICHT SO GUT	GAR NICHT GUT	GROSS	WENIGER GROSS/ KEINES
Basis	539	381	46	206	129	112	618	707	872	330	90	547	772
STAATLICHE VERWALTUNG.....	79.0	79.3	88.5	76.4	82.4	80.8	77.6	81.2	81.4	73.8	80.7	78.1	80.8
UNTERSTÜTZUNG HOCHVERSCHULDETER EURO-LÄNDER.....	80.5	77.3	86.5	69.0	79.4	86.9	75.8	82.3	78.3	82.5	81.3	73.7	83.8
AUSGABEN FÜR BEAMTE UND DEREN PENSION.....	69.5	75.9	68.7	68.5	81.7	84.5	71.6	76.1	72.0	74.2	79.0	68.9	75.4
FÖRDERUNG DER NEUEN BUNDESLÄNDER.....	68.2	65.8	73.8	62.8	51.6	49.8	60.7	66.4	67.7	65.7	62.8	66.9	64.0
SUBVENTIONEN, STAATLICHE UNTER- STÜTZUNG VON WIRT- SCHAFTSZWEIGEN, DIE ALLEINE NICHT LEBENSFÄHIG SIND....	59.9	58.0	66.5	63.5	57.4	64.8	57.7	62.0	63.5	56.7	56.8	61.6	59.6
UNTERSTÜTZUNG VON FLÜCHTLINGEN.....	45.5	43.7	66.0	31.0	44.9	82.7	39.4	54.4	43.0	54.5	73.5	35.7	57.2
ENTWICKLUNGSHILFE...	39.7	39.7	51.9	30.2	26.3	52.5	36.3	41.8	39.3	42.3	48.9	36.6	43.5
AUSSTATTUNG DER BUNDESWEHR.....	32.7	42.2	34.0	51.8	54.4	19.8	39.1	37.2	37.8	40.7	37.7	38.4	38.7
KULTUREINRICHTUNGEN WIE THEATER, MUSEEN	39.4	37.3	29.2	29.1	26.8	46.3	34.8	38.3	34.9	37.4	46.3	32.5	40.5
MASSNAHMEN ZUR INTEGRATION, EINGLIEDERUNG VON AUSLÄNDERN.....	29.8	28.1	40.6	19.6	28.6	66.3	27.3	34.7	27.5	37.0	46.7	21.4	39.2
ARBEITSLOSENUNTER- STÜTZUNG, HARTZ IV..	34.7	27.9	64.6	24.0	24.0	32.8	26.4	35.3	30.5	35.7	38.3	30.4	33.0
FÖRDERUNG VON ER- NEUERBAREN ENERGIEN (WIND, WASSER, SONNE USW.).....	28.3	20.5	29.3	14.2	19.3	37.5	21.6	26.6	23.3	29.6	17.9	22.8	27.1

ES WIRD JA IMMER WIEDER VELANGT, DASS DER STAAT SPAREN SOLL. ABER DARÜBER, IN WELCHEN BEREICHEN GESPART WERDEN SOLLTE, GIBT ES UNTERSCHIEDLICHE MEINUNGEN. HIER AUF DIESEN KARTEN STEHEN VERSCHIEDENE DINGE, FÜR DIE DER STAAT GELD AUSGIBT. WENN SIE JETZT EINMAL DIESE KARTEN HIER AUF DIESES BLATT VERTEILEN, JE NACHDEM, OB SIE MEINEN, HIER SOLLTE DER STAAT SPAREN, ODER HIER SOLLTE ER AUF KEINEN FALL SPAREN. WO SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE DIE KARTEN BITTE EINFACH BEISEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 26)

HIER SOLLTE DER STAAT AUF KEINEN FALL SPAREN:

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT
Basis	1457	1091	366	717	740	242	305	408	502	818	639
STAATLICHE VERWALTUNG.....	13.0	13.0	12.7	13.7	12.3	14.3	14.3	12.1	12.1	13.8	12.0
UNTERSTÜTZUNG HOCHVERSCHULDETER EURO-LÄNDER.....	10.8	11.2	8.8	10.7	10.8	12.4	9.3	11.6	10.1	12.6	8.7
AUSGABEN FÜR BEAMTE UND DEREN PENSION.....	18.4	20.0	11.3	18.6	18.3	20.1	17.4	19.2	17.6	22.2	14.1
FÖRDERUNG DER NEUEN BUNDESLÄNDER.....	25.0	16.0	64.6	22.6	27.4	24.1	28.4	22.6	25.5	24.3	25.9
SUBVENTIONEN, STAATLICHE UNTER- STÜTZUNG VON WIRT- SCHAFTSZWEIGEN, DIE ALLEINE NICHT LEBENSFÄHIG SIND....	26.2	25.5	28.9	25.4	26.9	25.7	29.2	25.4	25.2	25.9	26.4
UNTERSTÜTZUNG VON FLÜCHTLINGEN.....	37.1	38.5	30.9	32.2	41.7	37.5	40.7	37.1	34.7	40.3	33.5
ENTWICKLUNGSHILFE...	45.7	46.4	42.7	43.6	47.7	48.7	50.3	46.3	40.8	49.6	41.2
AUSSTATTUNG DER BUNDESWEHR.....	50.7	51.7	46.2	53.6	47.9	52.0	47.0	50.0	52.8	52.5	48.5
KULTUREINRICHTUNGEN WIE THEATER, MUSEEN	52.4	49.1	67.1	47.1	57.4	45.2	54.4	54.2	53.5	58.9	45.0
MASSNAHMEN ZUR INTEGRATION, EINGLIEDERUNG VON AUSLÄNDERN.....	58.1	60.7	46.5	55.0	61.0	63.3	62.6	57.1	53.3	60.8	55.0
ARBEITSLOSENUNTER- STÜTZUNG, HARTZ IV..	55.9	55.6	57.1	54.8	56.9	54.5	58.8	58.3	52.8	56.2	55.5
FÖRDERUNG VON ER- NEUERBAREN ENERGIEEN (WIND, WASSER, SONNE USW.).....	67.8	70.1	57.9	66.7	69.0	72.0	67.5	65.6	67.7	67.6	68.1

ES WIRD JA IMMER WIEDER VELANGT, DASS DER STAAT SPAREN SOLL. ABER DARÜBER, IN WELCHEN BEREICHEN GESPART WERDEN SOLLTE, GIBT ES UNTERSCHIEDLICHE MEINUNGEN. HIER AUF DIESEN KARTEN STEHEN VERSCHIEDENE DINGE, FÜR DIE DER STAAT GELD AUSGIBT. WENN SIE JETZT EINMAL DIESE KARTEN HIER AUF DIESES BLATT VERTEILEN, JE NACHDEM, OB SIE MEINEN, HIER SOLLTE DER STAAT SPAREN, ODER HIER SOLLTE ER AUF KEINEN FALL SPAREN. WO SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE DIE KARTEN BITTE EINFACH BEISEITE. (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 26)

HIER SOLLTE DER STAAT AUF KEINEN FALL SPAREN:

	ANHÄNGER DER -						BEZÜGLICH 2016		FINANZ. LAGE DES STAATES			VERTRAUEN IN EUROP. WÄHRUNG	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	ALTER- NATIVE FÜR D.	HOFF- NUNGEN	SKEPSIS/ BEFÜRCHT.	(SEHR) GUT	NICHT SO GUT	GAR NICHT GUT	GROSS	WENIGER GROSS/ KEINES
Basis	539	381	46	206	129	112	618	707	872	330	90	547	772
STAATLICHE VERWALTUNG.....	13.0	13.5	11.5	12.4	11.8	13.9	14.9	12.0	11.8	16.6	16.0	14.9	11.5
UNTERSTÜTZUNG HOCHVERSCHULDETER EURO-LÄNDER.....	10.3	11.4	6.7	13.1	13.1	9.7	15.0	7.4	11.1	10.7	8.4	13.9	8.2
AUSGABEN FÜR BEAMTE UND DEREN PENSION.....	21.0	15.4	25.0	21.9	11.0	12.9	19.7	16.5	19.4	19.5	17.5	21.2	17.2
FÖRDERUNG DER NEUEN BUNDESLÄNDER.....	23.7	21.3	13.2	23.4	35.4	38.9	28.6	23.2	22.9	24.4	28.1	20.7	26.4
SUBVENTIONEN, STAATLICHE UNTER- STÜTZUNG VON WIRT- SCHAFTSZWEIGEN, DIE ALLEINE NICHT LEBENSFÄHIG SIND....	27.8	24.6	27.1	21.4	32.1	23.9	30.8	23.0	24.3	30.7	30.4	24.1	27.6
UNTERSTÜTZUNG VON FLÜCHTLINGEN.....	37.1	36.9	25.0	55.2	46.0	11.6	45.2	29.7	41.0	31.8	17.4	49.7	29.2
ENTWICKLUNGSHILFE...	45.2	42.5	40.4	58.8	58.3	33.6	50.3	43.7	46.6	45.0	45.5	47.7	42.8
AUSSTATTUNG DER BUNDESWEHR.....	56.6	46.2	59.1	36.9	34.4	67.0	51.0	51.6	52.1	48.8	53.2	49.7	51.7
KULTUREINRICHTUNGEN WIE THEATER, MUSEEN	49.4	51.8	54.6	60.9	67.1	40.0	56.7	49.4	54.5	51.7	50.6	57.1	49.4
MASSNAHMEN ZUR INTEGRATION, EINGLIEDERUNG VON AUSLÄNDERN.....	60.3	60.8	47.1	71.9	59.6	22.8	62.9	54.0	63.9	51.3	43.9	69.9	49.8
ARBEITSLOSENUNTER- STÜTZUNG, HARTZ IV..	53.0	57.0	26.0	62.9	64.3	54.6	61.1	51.2	55.7	54.9	53.8	56.6	54.8
FÖRDERUNG VON ER- NEUERBAREN ENERGIEN (WIND, WASSER, SONNE USW.).....	64.1	71.3	63.5	80.4	68.3	56.1	71.7	64.8	69.8	64.6	75.0	70.9	64.9

Zukunftsaussichten

HALBGRUPPE A..... 714

WAS MEINEN SIE: WAS SIND GROSSE RISIKEN FÜR DIE WEITERE ENTWICKLUNG VON DEUTSCHLAND, WO SEHEN SIE DA VOR ALLEM GEFAHREN?
 (LISTENVORLAGE) (FRAGE 3/A)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT
Basis	714	535	179	351	363	113	154	193	254	385	329
RADIKALE UND TERRORISTISCHE GRUPPIERUNGEN.....	71.1	72.0	67.0	65.9	76.0	72.2	65.4	73.2	72.4	73.0	69.1
DIE VIELEN FLÜCHT- LINGE, DIE NACH DEUTSCHLAND KOMMEN..	70.4	68.9	77.0	67.8	72.9	65.2	66.9	68.1	77.3	66.6	74.5
DASS D. UNTERSCHIEDE ZWISCHEN ARM UND REICH GRÖßER WERDEN.....	60.0	60.0	59.9	57.2	62.7	54.2	57.0	60.0	65.0	63.9	55.9
STEIGENDER RECHTS- EXTREMISMUS.....	55.8	54.5	61.4	48.9	62.3	60.3	53.2	55.6	55.1	54.6	57.0
DASS DER ISLAMISCHE EINFLUSS ZU GROSS WIRD.....	54.1	53.1	58.6	54.1	54.1	54.2	38.9	58.1	60.3	52.3	56.0
DIE DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNG, ALSO DASS ES IMMÉR MEHR ÄLTERE UND IMMER WENIGER JÜNGERE GIBT.....	48.3	49.4	43.2	51.6	45.1	52.5	49.1	45.4	47.9	50.7	45.7
DIE WIRTSCHAFTSLAGE IN DER EURO-ZONE....	42.3	41.5	45.9	45.2	39.6	30.3	42.8	47.2	44.4	51.0	33.1
DIE KLIMAERWÄRMUNG..	40.9	43.5	29.6	39.2	42.6	44.4	37.1	37.8	44.0	45.7	35.8
DIE MÄNGEL IN UNSEREM BILDUNGS- SYSTEM.....	39.3	39.9	36.5	39.9	38.7	40.0	43.4	39.8	35.9	45.1	33.1
DER FACHKRÄFTEMANGEL IN EINIGEN BRANCHEN	32.5	31.2	37.9	35.7	29.4	28.2	35.1	32.4	33.1	35.9	28.8
ZU HOHE STEUERN.....	30.4	29.6	33.7	30.4	30.4	34.8	30.0	29.7	28.8	24.8	36.3
DASS ES ZU EINER NEUEN FINANZKRISE KOMMT.....	27.0	26.5	29.2	26.7	27.3	19.9	24.9	29.2	30.3	32.0	21.6

HALBGRUPPE A..... 714

WAS MEINEN SIE: WAS SIND GROSSE RISIKEN FÜR DIE WEITERE ENTWICKLUNG VON DEUTSCHLAND, WO SEHEN SIE DA VOR ALLEM GEFAHREN?
 (LISTENVORLAGE) (FRAGE 3/A)

	ANHÄNGER DER -						BEZÜGLICH 2016		FINANZ. LAGE DES STAATES			VERTRAUEN IN EUROP. WÄHRUNG	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	ALTER- NATIVE FÜR D.	HOFF- NUNGEN	SKEPSIS/ BEFÜRCHT.	(SEHR) GUT	NICHT SO GUT	GAR NICHT GUT	GROSS	WENIGER GROSS/ KEINES
Basis	268	200	23	90	53	60	284	371	436	166	38	244	403
RADIKALE UND TERRORISTISCHE GRUPPIERUNGEN.....	71.6	73.4	55.4	74.2	71.7	67.6	57.8	80.0	71.0	71.4	70.3	62.9	74.3
DIE VIELEN FLÜCHT- LINGE, DIE NACH DEUTSCHLAND KOMMEN..	68.5	73.1	75.1	59.5	76.9	86.1	59.1	81.1	67.2	70.1	84.6	55.8	78.6
DASS D. UNTERSCHIEDE ZWISCHEN ARM UND REICH GRÖSSER WERDEN.....	58.6	60.2	51.0	61.2	73.5	58.8	53.3	63.9	61.0	56.5	70.2	54.2	64.6
STEIGENDER RECHTS- EXTREMISMUS.....	58.0	56.7	42.7	64.3	63.1	32.2	51.8	58.5	58.4	49.6	43.0	58.0	53.3
DASS DER ISLAMISCHE EINFLUSS ZU GROSS WIRD.....	52.3	59.3	36.2	36.1	49.2	81.7	42.9	64.1	50.6	56.7	70.9	39.5	63.7
DIE DEMOGRAFISCHE ENTWICKLUNG, ALSO DASS ES IMMER MEHR ÄLTERE UND IMMER WENIGER JÜNGERE GIBT.....	51.9	51.4	43.3	45.8	40.2	36.8	52.4	45.1	54.3	41.6	30.9	59.0	43.5
DIE WIRTSCHAFTSLAGE IN DER EURO-ZONE....	41.9	42.6	30.1	37.5	49.1	43.7	32.4	46.8	43.2	43.5	33.6	36.7	46.6
DIE KLIMAERWÄRMUNG..	36.3	48.1	23.6	53.4	43.4	31.3	40.5	41.8	45.3	37.5	29.0	41.9	41.5
DIE MÄNGEL IN UNSEREM BILDUNGS- SYSTEM.....	37.6	37.8	41.6	47.6	47.5	36.6	36.5	39.7	40.4	40.0	43.6	41.1	36.5
DER FACHKRÄFTEMANGEL IN EINIGEN BRANCHEN	33.4	31.6	23.4	30.7	37.5	29.0	34.0	32.9	35.9	28.4	34.6	40.7	29.1
ZU HOHE STEUERN.....	29.7	26.4	15.1	28.4	31.5	49.0	29.2	32.7	28.1	30.7	60.1	22.5	35.9
DASS ES ZU EINER NEUEN FINANZKRISE KOMMT.....	27.4	25.1	9.1	25.6	28.1	40.1	18.2	33.9	26.0	29.1	38.6	18.2	33.4

HALBGRUPPE B..... 743

ES GIBT JA VERSCHIEDENE MEINUNGEN DARÜBER, WAS WICHTIG IST, UM DEUTSCHLAND VORANZUBRINGEN, UM DEUTSCHLAND EINE GUTE ZUKUNFT ZU SICHERN. HIER IST EINIGES AUFGESCHRIEBEN, WAS FÜR DIE ZUKUNFT DEUTSCHLANDS WICHTIG SEIN KANN. WAS DAVON WÜRDEN AUCH SIE SAGEN? (LISTENVORLAGE)
 (FRAGE 3/B)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT
Basis	743	556	187	366	377	129	151	215	248	433	310
EIN HERVORRAGENDES BILDUNGSSYSTEM.....	81.3	80.4	85.4	78.5	84.0	77.7	84.1	83.2	79.9	86.0	75.6
DASS DEUTSCHLAND DEN FLÜCHTLINGSSTROM IN DEN GRIFF BEKOMMT...	79.0	78.7	79.9	76.4	81.4	78.3	77.3	78.7	80.5	77.3	81.0
DASS WIR QUALIFI- ZIERTE FACHKRÄFTE AUSBILDEN.....	77.8	76.5	83.2	81.8	73.9	68.5	78.1	80.5	80.3	83.6	70.6
DASS D. UNTERSCHIEDE ZWISCHEN ARM UND REICH NICHT ZU GROSS WERDEN.....	74.8	73.9	78.7	74.5	75.0	78.5	72.5	73.6	75.2	74.6	75.0
DASS WIR UNSEREN STANDARD AN SOZIALER ABSICHERUNG ERHALTEN	71.9	70.0	80.1	68.3	75.3	66.5	70.1	71.6	76.1	74.0	69.3
DASS DIE ENERGIE- VERSORGUNG LANG- FRISTIG GESICHERT IST.....	62.7	62.8	62.7	61.9	63.5	59.6	59.7	63.0	66.1	65.9	58.9
DASS IN DEUTSCHLAND WISSENSCHAFTLICHER FORTSCHRITT UND INNOVATIONEN GEFÖR- DERT WERDEN.....	61.5	59.5	70.4	65.0	58.2	51.7	63.4	68.0	60.3	69.5	51.8
BEKÄMPFUNG DES RECHTSEXTREMISMUS...	59.2	60.0	55.9	52.8	65.3	50.6	60.3	56.9	65.2	60.4	57.7
DASS AUSLÄNDER IN DEUTSCHLAND MÖGLICHSST GUT INTEGRIERT WERDEN...	58.3	60.8	47.5	58.8	57.9	57.4	63.3	59.7	54.6	65.8	49.2
DASS DEUTSCHE UNTER- NEHMEN IM INTERNA- TIONALEN WETTBEWERB MIT CHINA, DEN USA USW. MITHÄLTEN KÖNNEN.....	54.1	53.3	57.6	61.2	47.4	48.3	56.6	53.6	56.2	60.3	46.6

HALBGRUPPE B..... 743

ES GIBT JA VERSCHIEDENE MEINUNGEN DARÜBER, WAS WICHTIG IST, UM DEUTSCHLAND VORANZUBRINGEN, UM DEUTSCHLAND EINE GUTE ZUKUNFT ZU SICHERN. HIER IST EINIGES AUFGESCHRIEBEN, WAS FÜR DIE ZUKUNFT DEUTSCHLANDS WICHTIG SEIN KANN. WAS DAVON WÜRDEN AUCH SIE SAGEN? (LISTENVORLAGE)
 (FRAGE 3/B)

	ANHÄNGER DER -						BEZÜGLICH 2016		FINANZ. LAGE DES STAATES			VERTRAUEN IN EUROP. WÄHRUNG	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	ALTER- NATIVE FÜR D.	HOFF- NUNGEN	SKEPSIS/ BEFÜRCHT.	(SEHR) GUT	NICHT SO GUT	GAR NICHT GUT	GROSS	WENIGER GROSS/ KEINES
Basis	271	181	23	116	76	52	334	336	436	164	52	303	369
EIN HERVORRAGENDES BILDUNGSSYSTEM.....	80.4	80.7	92.9	81.9	83.1	77.0	83.7	80.1	83.5	78.4	81.4	85.1	78.7
DASS DEUTSCHLAND DEN FLÜCHTLINGSSTROM IN DEN GRIFF BEKOMMT...	81.0	76.8	87.8	73.5	76.8	83.0	76.3	81.5	77.7	79.4	83.2	77.3	80.7
DASS WIR QUALIFI- ZIERTE FACHKRÄFTE AUSBILDEN.....	79.6	74.1	77.7	79.8	81.4	74.6	81.0	76.7	78.8	77.4	72.3	82.4	75.0
DASS D. UNTERSCHIEDE ZWISCHEN ARM UND REICH NICHT ZU GROSS WERDEN.....	71.8	71.9	70.2	84.2	83.2	72.1	71.9	75.9	76.7	72.9	65.8	72.3	75.9
DASS WIR UNSEREN STANDARD AN SOZIALER ABSICHERUNG ERHALTEN	71.7	71.3	62.7	72.9	76.8	72.3	71.4	71.6	74.3	65.9	67.6	72.1	71.1
DASS DIE ENERGIE- VERSORGUNG LANG- FRISTIG GESICHERT IST.....	68.2	58.9	59.4	65.4	65.2	45.3	66.1	60.1	65.7	62.2	60.8	65.1	64.2
DASS IN DEUTSCHLAND WISSENSCHAFTLICHER FORTSCHRITT UND INNOVATIONEN GEFÖR- DERT WERDEN.....	62.6	56.3	78.4	64.9	53.3	69.1	66.0	59.6	64.9	57.8	56.4	66.0	59.7
BEKÄMPFUNG DES RECHTSEXTREMISMUS...	61.7	65.3	39.2	61.4	69.9	16.8	60.3	58.3	64.0	47.9	45.0	66.8	53.1
DASS AUSLÄNDER IN DEUTSCHLAND MÖGLICHSST GUT INTEGRIERT WERDEN...	59.3	61.3	45.9	69.8	60.0	26.4	64.0	53.7	68.7	48.2	19.8	68.0	51.4
DASS DEUTSCHE UNTER- NEHMEN IM INTERNA- TIONALEN WETTBEWERB MIT CHINA, DEN USA USW. MITHÄLTEN KÖNNEN.....	58.6	47.9	66.3	48.8	44.2	65.5	55.9	52.7	59.4	51.2	44.2	57.5	53.7

Europäische Union

Flüchtlingssituation

Arbeitsmarktsituation

BESCHÄFTIGTE IN DER PRIVATWIRTSCHAFT 624

WIE GUT GEHT ES IHREM BETRIEB ZURZEIT? WÜRDEN SIE SAGEN ...
 (FRAGE 62b)

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -		
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 U. ÄLTER	JAHRE	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT
Basis	624	481	143	352	272	104	206	264	50		322	302
SEHR GUT.....	16.2	17.8	8.0	16.3	16.0	18.2	16.9	15.7	9.4		14.2	18.1
GUT.....	54.2	54.2	54.5	53.3	55.5	56.5	48.6	56.8	58.3		56.8	51.7
EINIGERMASSEN.....	17.0	16.9	17.2	18.3	15.2	11.8	19.5	16.0	25.5		16.1	17.8
SEHR SCHWANKEND, MAL GUT, MAL SCHLECHT...	7.1	6.0	12.8	7.4	6.8	6.5	7.4	8.1	1.7		7.3	6.9
EHER SCHLECHT.....	1.6	1.3	2.8	0.9	2.5	1.6	0.5	2.1	3.0		1.5	1.6
GANZ SCHLECHT.....	0.7	0.7	0.7	1.2	-	-	1.8	-	1.6		0.8	0.6
UNENTSCHIEDEN, WEISS NICHT.....	3.3	3.2	4.0	2.7	4.1	5.5	5.2	1.2	0.5		3.3	3.3
GEW. BASIS	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0		100.0	100.0

Sorgen

ES SOLL EINMAL UNTERSUCHT WERDEN, WAS DEN MENSCHEN HEUTE SORGEN BEREITET, WAS SIE BEDRÜCKT. KÖNNTEN SIE DIESE KARTEN
 BITTE EINMAL DURCHSEHEN: WAS DAVON MACHT IHNEN GROSSE SORGEN, WAS MACHT IHNEN ETWAS SORGEN UND WAS MACHT IHNEN KEINE SORGEN?
 BITTE VERTEILEN SIE DIE KARTEN AUF DAS BLATT. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE BEISEITE.
 (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 6)

GROSSE SORGEN:

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT
Basis	1457	1091	366	717	740	242	305	408	502	818	639
DIE DERZEITIGE ENTWICKLUNG DER FLÜCHTLINGSSITUATION	50.5	48.7	58.2	49.1	51.7	38.0	50.6	47.1	59.8	49.6	51.4
DASS GEWALT UND KRIMINALITÄT ZUNEHMEN.....	48.3	47.0	54.2	44.1	52.3	40.5	43.7	46.6	56.9	45.6	51.5
DASS ES IN DEUTSCHLAND ZU EINEM TERRORISTISCHEN ANSCHLAG KOMMT.....	42.2	42.0	42.9	38.2	45.9	41.9	41.1	39.2	45.6	39.9	44.9
DASS MEINEM PARTNER, MEINEN KINDERN ODER ANDEREN ENGEN FAMILIENANGEHÖRIGEN ETWAS ZUSTÖSST.....	39.5	39.3	40.4	33.0	45.6	27.7	43.3	43.0	40.6	36.3	43.2
DASS IMMER MEHR AUSLÄNDER NACH DEUTSCHLAND KOMMEN..	39.1	37.0	48.2	40.3	37.9	25.7	33.6	40.7	48.4	35.7	42.9
DASS DIE KRANKEN- KASSEN WENIGER LEISTUNGEN ÜBER- NEHMEN, DASS MAN IM KRANKHEITSFALL NICHT MEHR GUT VERSORGT IST.....	36.7	36.3	38.4	33.4	39.7	20.9	33.4	37.2	46.7	34.3	39.3
DASS ES IMMER MEHR AUSLÄNDERFREINDLICHE TATEN U. ÄUSSERUNGEN GIBT.....	35.3	36.2	31.2	30.0	40.3	33.0	38.7	33.4	36.0	33.9	36.9
DASS ICH IM ALTER PFLEGEBEDÜRFTIG WERDE.....	34.8	34.3	36.9	30.3	39.0	11.4	22.9	30.6	58.3	35.3	34.2
DASS DIE UMWELT IMMER MEHR GESCHÄDIGT WIRD.....	32.1	33.8	24.7	30.6	33.5	33.6	33.4	31.4	31.0	37.1	26.3

ES SOLL EINMAL UNTERSUCHT WERDEN, WAS DEN MENSCHEN HEUTE SORGEN BEREITET, WAS SIE BEDRÜCKT. KÖNNTEN SIE DIESE KARTEN
 BITTE EINMAL DURCHSEHEN: WAS DAVON MACHT IHNEN GROSSE SORGEN, WAS MACHT IHNEN ETWAS SORGEN UND WAS MACHT IHNEN KEINE SORGEN?
 BITTE VERTEILEN SIE DIE KARTEN AUF DAS BLATT. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE BEISEITE.
 (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 6)

GROSSE SORGEN:

	ANHÄNGER DER -						BEZÜGLICH 2016		FINANZ. LAGE DES STAATES			VERTRAUEN IN EUROP. WÄHRUNG	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	ALTER- NATIVE FÜR D.	HOFF- NUNGEN	SKEPSIS/ BEFÜRCHT.	(SEHR) GUT	NICHT SO GUT	GAR NICHT GUT	GROSS	WENIGER GROSS/ KEINES
Basis	539	381	46	206	129	112	618	707	872	330	90	547	772
DIE DERZEITIGE ENTWICKLUNG DER FLÜCHTLINGSSITUATION	48.9	47.2	57.5	38.6	47.9	87.8	37.1	63.5	45.6	63.9	71.3	37.7	59.6
DASS GEWALT UND KRIMINALITÄT ZUNEHMEN.....	48.1	49.0	60.4	33.4	48.2	61.2	35.9	59.8	42.1	59.2	69.2	35.4	56.8
DASS ES IN DEUTSCHLAND ZU EINEM TERRORISTISCHEN ANSCHLAG KOMMT.....	42.3	43.5	38.4	34.4	32.2	60.5	38.2	46.7	38.3	51.0	58.2	35.2	46.5
DASS MEINEM PARTNER, MEINEN KINDERN ODER ANDEREN ENGEN FAMILIENANGEHÖRIGEN ETWAS ZUSTÖSST.....	40.7	43.0	33.5	29.2	36.0	44.6	34.4	43.6	36.5	45.7	59.2	34.9	42.9
DASS IMMER MEHR AUSLÄNDER NACH DEUTSCHLAND KOMMEN..	37.2	34.4	48.8	24.0	42.1	77.4	26.0	50.9	33.0	49.8	67.1	24.1	49.9
DASS DIE KRANKEN- KASSEN WENIGER LEISTUNGEN ÜBER- NEHMEN, DASS MAN IM KRANKHEITSFALL NICHT MEHR GUT VERSORGT IST.....	35.3	37.3	37.7	28.7	39.3	45.5	27.1	43.4	31.8	44.1	53.0	29.4	42.2
DASS ES IMMER MEHR AUSLÄNDERFREINDLICHE TATEN U. AUSSERUNGEN GIBT.....	35.8	37.3	31.1	40.6	36.5	18.2	34.5	35.2	36.0	35.8	33.0	38.3	32.7
DASS ICH IM ALTER PFLEGEBEDÜRFTIG WERDE.....	39.1	35.4	27.5	20.8	35.1	31.4	24.7	41.7	31.9	40.0	46.0	26.6	41.2
DASS DIE UMWELT IMMER MEHR GESCHÄDIGT WIRD.....	28.3	28.4	49.3	46.0	40.6	22.2	29.6	33.1	31.4	37.3	37.6	32.1	32.6

ES SOLL EINMAL UNTERSUCHT WERDEN, WAS DEN MENSCHEN HEUTE SORGEN BEREITET, WAS SIE BEDRÜCKT. KÖNNTEN SIE DIESE KARTEN
 BITTE EINMAL DURCHSEHEN: WAS DAVON MACHT IHNEN GROSSE SORGEN, WAS MACHT IHNEN ETWAS SORGEN UND WAS MACHT IHNEN KEINE SORGEN?
 BITTE VERTEILEN SIE DIE KARTEN AUF DAS BLATT. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE BEISEITE.
 (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 6)

ETWAS SORGEN:

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT
Basis	1457	1091	366	717	740	242	305	408	502	818	639
DIE DERZEITIGE ENTWICKLUNG DER FLÜCHTLINGSSITUATION	40.7	41.7	36.0	41.0	40.3	49.2	38.4	45.1	33.8	41.3	39.9
DASS GEWALT UND KRIMINALITÄT ZUNEHMEN.....	40.5	40.8	39.4	42.4	38.7	44.0	44.5	41.7	35.1	41.9	39.0
DASS ES IN DEUTSCHLAND ZU EINEM TERRORISTISCHEN ANSCHLAG KOMMT.....	46.8	47.2	45.3	47.6	46.1	46.8	45.6	49.2	45.5	48.2	45.2
DASS MEINEM PARTNER, MEINEN KINDERN ODER ANDEREN ENGEN FAMILIENANGEHÖRIGEN ETWAS ZUSTÖSST.....	39.4	39.8	37.8	41.7	37.3	43.7	38.6	40.0	37.1	41.1	37.5
DASS IMMER MEHR AUSLÄNDER NACH DEUTSCHLAND KOMMEN..	39.8	40.1	38.5	37.1	42.3	48.5	40.8	37.2	36.6	39.2	40.5
DASS DIE KRANKEN- KASSEN WENIGER LEISTUNGEN ÜBER- NEHMEN, DASS MAN IM KRANKHEITSFALL NICHT MEHR GUT VERSORGT IST.....	43.8	43.5	45.1	44.2	43.3	49.8	45.4	44.6	38.8	45.1	42.3
DASS ES IMMER MEHR AUSLÄNDERFREUNDLICHE TATEN U. AUSSERUNGEN GIBT.....	47.1	46.4	50.0	50.1	44.2	42.6	46.8	50.1	47.1	50.1	43.6
DASS ICH IM ALTER PFLEGEBEDÜRFTIG WERDE.....	42.0	41.2	45.5	45.8	38.5	38.7	45.1	53.3	32.5	44.6	39.1
DASS DIE UMWELT IMMER MEHR GESCHÄDIGT WIRD.....	52.1	50.2	60.7	53.1	51.3	50.1	51.2	53.0	53.1	49.1	55.6

ES SOLL EINMAL UNTERSUCHT WERDEN, WAS DEN MENSCHEN HEUTE SORGEN BEREITET, WAS SIE BEDRÜCKT. KÖNNTEN SIE DIESE KARTEN
 BITTE EINMAL DURCHSEHEN: WAS DAVON MACHT IHNEN GROSSE SORGEN, WAS MACHT IHNEN ETWAS SORGEN UND WAS MACHT IHNEN KEINE SORGEN?
 BITTE VERTEILEN SIE DIE KARTEN AUF DAS BLATT. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE BEISEITE.
 (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 6)

ETWAS SORGEN:

	ANHÄNGER DER -						BEZÜGLICH 2016		FINANZ. LAGE DES STAATES			VERTRAUEN IN EUROP. WÄHRUNG	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	ALTER- NATIVE FÜR D.	HOFF- NUNGEN	SKEPSIS/ BEFÜRCHT.	(SEHR) GUT	NICHT SO GUT	GAR NICHT GUT	GROSS	WENIGER GROSS/ KEINES
Basis	539	381	46	206	129	112	618	707	872	330	90	547	772
DIE DERZEITIGE ENTWICKLUNG DER FLÜCHTLINGSSITUATION	44.2	42.9	36.8	52.0	32.5	10.6	50.8	30.8	45.1	29.4	24.4	50.8	34.2
DASS GEWALT UND KRIMINALITÄT ZUNEHMEN.....	43.7	40.1	24.5	48.5	34.8	33.9	50.0	32.2	45.5	33.2	23.4	49.9	34.9
DASS ES IN DEUTSCHLAND ZU EINEM TERRORISTISCHEN ANSCHLAG KOMMT.....	49.2	47.3	40.0	52.9	45.5	29.9	50.4	42.9	49.2	40.9	34.5	52.5	44.0
DASS MEINEM PARTNER, MEINEN KINDERN ODER ANDEREN ENGEN FAMILIENANGEHÖRIGEN ETWAS ZUSTÖSST.....	42.0	37.0	33.2	44.5	35.4	38.7	39.8	38.2	41.8	36.4	28.3	38.8	40.3
DASS IMMER MEHR AUSLÄNDER NACH DEUTSCHLAND KOMMEN..	44.3	45.9	34.2	37.8	27.6	16.9	44.5	34.2	42.9	33.5	25.5	44.6	36.0
DASS DIE KRANKEN- KASSEN WENIGER LEISTUNGEN ÜBER- NEHMEN, DASS MAN IM KRANKHEITSFALL NICHT MEHR GUT VERSORGT IST.....	45.0	45.1	28.4	46.1	44.7	37.6	46.5	41.8	45.8	44.0	30.8	43.6	43.7
DASS ES IMMER MEHR AUSLÄNDERFREINDLICHE TATEN U. AUSSERUNGEN GIBT.....	49.1	48.1	49.8	42.8	44.3	43.1	49.3	46.2	50.5	42.7	41.3	47.6	46.5
DASS ICH IM ALTER PFLEGEBEDÜRFTIG WERDE.....	39.7	42.3	39.1	43.9	49.7	50.5	45.5	39.4	43.2	44.2	31.1	44.8	40.8
DASS DIE UMWELT IMMER MEHR GESCHÄDIGT WIRD.....	55.2	54.3	37.6	42.8	46.6	58.6	51.8	52.2	54.7	45.3	45.8	53.2	50.7

ES SOLL EINMAL UNTERSUCHT WERDEN, WAS DEN MENSCHEN HEUTE SORGEN BEREITET, WAS SIE BEDRÜCKT. KÖNNTEN SIE DIESE KARTEN
 BITTE EINMAL DURCHSEHEN: WAS DAVON MACHT IHNEN GROSSE SORGEN, WAS MACHT IHNEN ETWAS SORGEN UND WAS MACHT IHNEN KEINE SORGEN?
 BITTE VERTEILEN SIE DIE KARTEN AUF DAS BLATT. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE BEISEITE.
 (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 6)

KEINE SORGEN:

	BEVÖLKERUNG AB 16 JAHRE			GESCHLECHT		ALTERSGRUPPEN				POLITISCH -	
	INSGESAMT	WEST	OST	MÄNNER	FRAUEN	16-29 JAHRE	30-44 JAHRE	45-59 JAHRE	60 JAHRE U. ÄLTER	INTER- ESSIERT	NICHT INTER- ESSIERT
Basis	1457	1091	366	717	740	242	305	408	502	818	639
DIE DERZEITIGE ENTWICKLUNG DER FLÜCHTLINGSSITUATION	7.0	7.6	4.5	8.3	5.8	9.3	9.6	6.4	4.7	7.9	6.1
DASS GEWALT UND KRIMINALITÄT ZUNEHMEN.....	9.5	10.4	5.3	11.0	8.0	12.1	10.6	11.0	6.2	10.6	8.2
DASS ES IN DEUTSCHLAND ZU EINEM TERRORISTISCHEN ANSCHLAG KOMMT.....	9.6	9.4	10.7	12.9	6.5	10.6	12.0	9.7	7.6	10.3	8.9
DASS MEINEM PARTNER, MEINEN KINDERN ODER ANDEREN ENGEN FAMILIENANGEHÖRIGEN ETWAS ZUSTÖSST.....	18.2	18.2	18.0	22.3	14.3	24.0	16.3	15.8	18.2	20.2	15.9
DASS IMMER MEHR AUSLÄNDER NACH DEUTSCHLAND KOMMEN..	18.6	20.2	11.5	20.0	17.2	23.7	23.0	18.8	12.8	22.2	14.4
DASS DIE KRANKEN- KASSEN WENIGER LEISTUNGEN ÜBER- NEHMEN, DASS MAN IM KRANKHEITSFALL NICHT MEHR GUT VERSORGT IST.....	17.6	18.1	15.7	20.1	15.3	26.1	19.6	16.5	12.8	18.3	16.9
DASS ES IMMER MEHR AUSLÄNDERFREINDLICHE TATEN U. ÄUSSERUNGEN GIBT.....	13.7	13.6	13.8	16.5	11.0	20.2	11.5	13.5	11.6	12.9	14.5
DASS ICH IM ALTER PFLEGEBEDÜRFTIG WERDE.....	20.2	21.3	15.2	21.0	19.4	43.3	28.6	14.1	7.5	18.3	22.3
DASS DIE UMWELT IMMER MEHR GESCHÄDIGT WIRD.....	13.1	13.3	11.9	13.8	12.4	13.9	13.4	13.5	12.0	11.4	14.9

ES SOLL EINMAL UNTERSUCHT WERDEN, WAS DEN MENSCHEN HEUTE SORGEN BEREITET, WAS SIE BEDRÜCKT. KÖNNTEN SIE DIESE KARTEN
 BITTE EINMAL DURCHSEHEN: WAS DAVON MACHT IHNEN GROSSE SORGEN, WAS MACHT IHNEN ETWAS SORGEN UND WAS MACHT IHNEN KEINE SORGEN?
 BITTE VERTEILEN SIE DIE KARTEN AUF DAS BLATT. KARTEN, BEI DENEN SIE SICH NICHT ENTSCHEIDEN KÖNNEN, LEGEN SIE BITTE BEISEITE.
 (KARTENSPIEL- UND BILDBLATTVORLAGE) (FRAGE 6)

KEINE SORGEN:

	ANHÄNGER DER -						BEZÜGLICH 2016		FINANZ. LAGE DES STAATES			VERTRAUEN IN EUROP. WÄHRUNG	
	CDU/ CSU	SPD	FDP	B.90/ GRÜNE	DIE LINKE	ALTER- NATIVE FÜR D.	HOFF- NUNGEN	SKEPSIS/ BEFÜRCHT.	(SEHR) GUT	NICHT SO GUT	GAR NICHT GUT	GROSS	WENIGER GROSS/ KEINES
Basis	539	381	46	206	129	112	618	707	872	330	90	547	772
DIE DERZEITIGE ENTWICKLUNG DER FLÜCHTLINGSSITUATION	5.4	8.1	3.4	7.2	18.0	-	10.2	4.2	8.1	4.8	1.8	10.0	4.6
DASS GEWALT UND KRIMINALITÄT ZUNEHMEN.....	6.7	10.3	10.9	12.7	15.9	4.3	11.9	6.5	10.7	7.5	4.8	12.5	7.4
DASS ES IN DEUTSCHLAND ZU EINEM TERRORISTISCHEN ANSCHLAG KOMMT.....	7.5	8.1	15.9	10.4	19.5	9.6	9.9	8.9	11.1	7.2	6.7	10.9	8.4
DASS MEINEM PARTNER, MEINEN KINDERN ODER ANDEREN ENGEN FAMILIENANGEHÖRIGEN ETWAS ZUSTÖSST.....	14.4	17.9	27.6	22.2	27.1	14.2	22.4	15.6	18.8	16.0	11.5	22.8	14.4
DASS IMMER MEHR AUSLÄNDER NACH DEUTSCHLAND KOMMEN..	16.1	17.4	11.0	33.6	27.7	5.0	27.1	12.2	21.5	15.8	5.4	29.1	11.6
DASS DIE KRANKEN- KASSEN WENIGER LEISTUNGEN ÜBER- NEHMEN, DASS MAN IM KRANKHEITSFALL NICHT MEHR GUT VERSORGT IST.....	18.1	16.6	27.2	20.8	15.0	13.9	24.3	12.9	20.7	11.5	12.6	24.9	12.8
DASS ES IMMER MEHR AUSLÄNDERFREINDLICHE TATEN U. AUSSERUNGEN GIBT.....	11.8	11.5	10.5	11.0	13.9	34.5	13.0	14.5	10.5	18.4	20.2	11.6	15.9
DASS ICH IM ALTER PFLEGEBEDÜRFTIG WERDE.....	19.0	20.0	26.0	31.2	13.5	13.5	26.6	16.0	22.3	13.9	16.2	25.5	15.2
DASS DIE UMWELT IMMER MEHR GESCHÄDIGT WIRD.....	14.4	14.9	9.4	7.2	10.8	15.7	17.1	11.0	11.6	14.7	16.6	12.7	13.3

ANHANG

Untersuchungsdaten

Statistik der befragten Personengruppe

Fragebogenauszug mit Anlagen

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis: Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland

Anzahl der Befragten: Die Gesamtstichprobe besteht aus zwei in sich repräsentativen Teilstichproben (Halbgruppen A und B). Darüber hinaus erfolgte die Auswahl disproportional für die alten und die neuen Bundesländer: In beiden Halbgruppen und damit auch in der Gesamtstichprobe wurde der Osten mit etwa einem Viertel stärker berücksichtigt als es dem Bevölkerungsanteil von 19 Prozent entspricht. Bei der Ausweisung von zusammenfassenden Ergebnissen wird diese Disproportionalität über die Gewichtung aufgehoben.

Halbgruppe	West	Ost	Insg.	
A	535	179	714	Personen
B	556	187	743	Personen
Insgesamt	1091	366	1457	Personen

Auswahlmethode: Repräsentative Quotenauswahl

Den Interviewern wurden dabei Quoten vorgegeben, die ihnen vorschrieben, wie viele Personen sie zu befragen hatten und nach welchen Merkmalen diese auszuwählen waren. Die Befragungsaufträge oder Quoten wurden nach Maßgabe der amtlichen statistischen Unterlagen auf Bundesländer und Regierungsbezirke und innerhalb dieser regionalen Einheiten auf Groß-, Mittel- und Kleinstädte sowie Landgemeinden verteilt. Die weitere Verteilung der Quoten erfolgte auf Männer und Frauen, verschiedene Altersgruppen sowie auf Berufstätige und Nichtberufstätige und die verschiedenen Berufskreise.

Gewichtung: Zur Aufhebung der Disproportionalität bezüglich alter und neuer Länder und zur Angleichung an Strukturdaten der amtlichen Statistik erfolgte eine faktorielle Gewichtung der Ergebnisse.

Repräsentanz: Die gewichtete Stichprobe entspricht, wie die Gegenüberstellung mit den amtlichen statistischen Daten zeigt, der Gesamtbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Übereinstimmung im Rahmen der statistischen Genauigkeitsgrenzen ist eine notwendige Voraussetzung für die Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse.

Art der Interviews: Die Befragung wurde mündlich-persönlich (face-to-face) nach einem einheitlichen Frageformular vorgenommen. Die Interviewer waren angewiesen, die Fragen wörtlich und in unveränderter Reihenfolge vorzulesen.

Anzahl der eingesetzten Interviewer: An der Befragung waren insgesamt 442 nach strengen Testmethoden ausgewählte Interviewerinnen und Interviewer beteiligt.

Termin der Befragung: Die Interviews wurden vom 28. November bis 10. Dezember 2015 geführt.

IfD-Archiv-Nr. der Umfrage: 11.049

STATISTIK

**der in der Umfrage 11.049 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre)
im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik**

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage Dezember 2015			Amtliche Statistik (*)
	Insgesamt	Halbgruppe		%
	%	A %	B %	
<u>REGIONALE VERTEILUNG</u>				
Westl. Länder einschl. West-Berlin	81	81	81	81
Östl. Länder einschl. Ost-Berlin	19	19	19	19
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
Norddeutschland (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen)	16	16	16	16
Nordrhein-Westfalen	21	21	21	21
Südwestdeutschland (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)	14	14	14	14
Baden-Württemberg	13	13	13	13
Bayern	15	15	15	15
Berlin	4	4	4	4
Nordostdeutschland (Brandenburg, Mecklenb.-Vorp., Sachsen-Anhalt)	9	9	9	9
Sachsen und Thüringen	8	8	8	8
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>WOHNORTGRÖSSE</u>				
unter 5.000 Einwohner	15	15	15	15
5.000 bis unter 20.000 Einwohner	27	27	27	27
20.000 bis unter 100.000 Einwohner	28	28	28	28
100.000 und mehr Einwohner	30	30	30	30
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>GESCHLECHT</u>				
Männer	49	49	49	49
Frauen	51	51	51	51
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>ALTER</u>				
16 - 29 Jahre	18	18	18	18
30 - 44 Jahre	21	21	21	21
45 - 59 Jahre	28	28	28	28
60 Jahre und älter	33	33	33	33
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2014

STATISTIK

**der in der Umfrage 11.049 befragten Personengruppe (Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre)
im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik**

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage Dezember 2015			Amtliche Statistik (*)
	Insgesamt	Halbgruppe		%
	%	A %	B %	
<u>BERUFSTÄTIGKEIT</u>				
Erwerbspersonen (Berufstätige und Arbeitslose)	61	61	61	61
Nichterwerbspersonen	39	39	39	39
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>BERUFSSKREISE (**)</u>				
Arbeiter	13	13	13	13
Angestellte	38	38	39	38
Beamte	3	3	3	3
Selbständige und freiberuflich Tätige	7	7	6	7
Nichterwerbspersonen	39	39	39	39
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>FAMILIENSTAND</u>				
Verheiratet	52	52	52	52
- Männer	26	26	26	26
- Frauen	26	26	26	26
Ledig	31	31	31	31
Verwitwet, geschieden	17	17	17	17
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>
<u>HAUSHALTSGRÖSSE</u>				
Von der deutschen Wohnbevölkerung ab 16 Jahre leben in Haushalten mit				
- 1 Person	24	24	24	24
- 2 Personen	40	40	40	40
- 3 Personen	17	17	17	17
- 4 Personen	14	13	15	14
- 5 und mehr Personen	5	6	4	5
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

(*) Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik.

Quelle: Mikrozensus 2014

(**) für Berufstätige und Arbeitslose (Einstufung Arbeitslose nach letzter Berufsstellung)

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Für Formulierung und Anordnung
alle Rechte beim IfD !

Auszug aus der
Hauptbefragung 11049
Dezember 2015

INTERVIEWER: Fragen wörtlich vorlesen. Bitte die Buchstaben oder Zahlen neben zutreffenden Antworten einkreisen. Wenn keine Antworten vorgegeben sind, auf den punktierten Linien Antworten im Wortlaut eintragen. Alle Ergebnisse dieser Umfrage dienen dazu, die Meinung der Bevölkerung zu erforschen und besser bekanntzumachen.

Nach einigen Einleitungsfragen zu neutralen Themen:

1.	t	"Eine Frage zum kommenden Jahr: Sehen Sie dem Jahr 2016 mit <u>Hoffnungen</u> oder <u>Befürchtungen</u> entgegen?" (Bei Rückfragen: 'Allgemein oder persönlich' folgt der Hinweis: "Je nachdem, was Sie zurzeit mehr beschäftigt!")	MIT HOFFNUNGEN 1 MIT BEFÜRCHTUNGEN 2 MIT SKEPSIS 3 UNENTSCHIEDEN 4
----	---	---	---

2.	T	"Zur wirtschaftlichen Lage: Wie sehen Sie unsere wirtschaftliche Entwicklung: Glauben Sie, dass es mit unserer Wirtschaft in den nächsten 6 Monaten eher bergauf oder eher bergab geht?"	EHER BERGAUF 1 EHER BERGAB 2 WEDER NOCH, GLEICH BLEIBEN 3 UNENTSCHIEDEN 4
----	---	--	--

In der repräsentativen Halbgruppe A:

3.	t	INTERVIEWER überreicht graue Liste 1 ! "Was meinen Sie: Was sind große Risiken für die weitere Entwicklung von Deutschland, wo sehen Sie da vor allem Gefahren?" (Alles Genannte einkreisen!)	
/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 / / 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 /			
			NICHTS DAVON 0 KEINE ANGABE 9

In der repräsentativen Halbgruppe B:

3.	t	INTERVIEWER überreicht graue Liste 1 ! "Es gibt ja verschiedene Meinungen darüber, was wichtig ist, um Deutschland voranzubringen, um Deutschland eine gute Zukunft zu sichern. Hier ist einiges aufgeschrieben, was für die Zukunft Deutschlands wichtig sein kann. Was davon würden auch Sie sagen?" (Alles Genannte einkreisen! - <u>Mehrere</u> Angaben möglich!)	
/ 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 / / 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 /			
			NICHTS DAVON X

4.	T	"Nun zur finanziellen Lage Deutschlands: Wie bewerten Sie die finanzielle Lage des Staates, also die Einnahmen und die Schulden: Ist die finanzielle Lage Ihrer Meinung nach zurzeit..."	"sehr gut" 1 "gut" 2 "nicht so gut" 3 "gar nicht gut" 4 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 5
----	---	---	--

5.	T	"Wie ist Ihr Eindruck: Wie erfolgreich bemüht sich die Bundesregierung darum, die Neuverschuldung zu reduzieren, also deutlich weniger neue Schulden aufzunehmen? Würden Sie sagen ..."	"sehr erfolgreich" 1 "einigermaßen erfolgreich" 2 "nicht sehr erfolgreich" 3 "gar nicht erfolgreich" 4 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 5
----	---	---	---

6. INTERVIEWER überreicht rosa Kartenspiel und **gelbes** Bildblatt 2 !
 t "Es soll einmal untersucht werden, was den Menschen heute Sorgen bereitet, was sie bedrückt. Könnten Sie diese Karten bitte einmal durchsehen: Was davon macht Ihnen große Sorgen, was macht Ihnen etwas Sorgen und was macht Ihnen keine Sorgen? Bitte verteilen Sie die Karten auf das Blatt. Karten, bei denen Sie sich nicht entscheiden können, legen Sie bitte beiseite."
 (Jeweils Zutreffendes einkreisen!)

GROSSE SORGEN: / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
 / 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 / 19 /

 ETWAS SORGEN: / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
 / 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 / 19 /

 KEINE SORGEN: / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
 / 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 / 19 /

Nach einigen Zwischenfragen zu anderen Themen:

7. INTERVIEWER überreicht weißes Kartenspiel und **blaues** Bildblatt 3 !
 t "Es wird ja immer wieder verlangt, dass der Staat sparen soll. Aber darüber, in welchen Bereichen gespart werden sollte, gibt es unterschiedliche Meinungen. Hier auf diesen Karten stehen verschiedene Dinge, für die der Staat Geld ausgibt. Wenn Sie jetzt einmal diese Karten hier auf dieses Blatt verteilen, je nachdem, ob Sie meinen, hier sollte der Staat sparen, oder hier sollte er auf keinen Fall sparen. Wo Sie sich nicht entscheiden können, legen Sie die Karten bitte einfach beiseite."
 (Jeweils Zutreffendes einkreisen!)

SPAREN: / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
 / 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 / 19 / 20 /
 / 21 / 22 / 23 /

 AUF KEINEN FALL SPAREN: / 1 / 2 / 3 / 4 / 5 / 6 / 7 / 8 / 9 / 10 /
 / 11 / 12 / 13 / 14 / 15 / 16 / 17 / 18 / 19 / 20 /
 / 21 / 22 / 23 /

8. "Sollte der Staat trotz der aktuellen Flüchtlingssituation an seinem Ziel festhalten, im nächsten Jahr keine neuen
 Schulden aufzunehmen, oder sollte der Staat neue
 Schulden aufnehmen, um wegen der Flüchtlinge nicht
 an anderer Stelle sparen zu müssen?"

	KEINE NEUEN SCHULDEN..... 1
	NEUE SCHULDEN AUFNEHMEN 2
	UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3

An späterer Stelle im Interview:

<p>9. "Zum Thema Europa: T Wenn jemand sagt: 'Europa ist unsere Zukunft'. Würden Sie sagen, das stimmt, oder ist das Ihrer Meinung nach nicht richtig?"</p>	<p>JA, DAS STIMMT..... 1 MEINER MEINUNG NACH NICHT RICHTIG 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3</p>
--	--

In der repräsentativen Halbgruppe A:

<p>10. "Wie sehen Sie das: T Wie groß ist der Einfluss von Deutschland in der EU? Würden Sie sagen ..."</p>	<p>"sehr groß" 1 "groß" 2 "weniger groß" 3 "gar nicht groß" 4 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 5</p>
---	--

In der repräsentativen Halbgruppe B:

<u>10.</u> T	"Wie sehen Sie das: Wie groß ist der Einfluss von Bundeskanzlerin Angela Merkel in der EU? Würden Sie sagen ..."	"sehr groß" 1 "groß" 2 "weniger groß" 3 "gar nicht groß" 4 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 5
11. T	"Wie zufrieden sind Sie alles in allem damit, wie die Bundesregierung die Interessen Deutschlands in der Europäischen Union vertritt? Sind Sie damit ..."	"sehr zufrieden" 1 "zufrieden" 2 "weniger zufrieden" 3 "gar nicht zufrieden" 4 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 5
12. T	"Wie viel Vertrauen haben Sie zur Europäischen Union? Würden Sie sagen ..."	"sehr großes Vertrauen" 1 "großes Vertrauen" 2 "nicht so großes Vertrauen" 3 "kaum, gar kein Vertrauen" 4 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 5
13. T	"Zum Euro: Wie viel Vertrauen haben Sie zu der gemeinsamen europäischen Währung? Würden Sie sagen ..."	"großes Vertrauen" 1 "weniger Vertrauen" 2 "kaum, gar kein Vertrauen" 3 UNENTSCHIEDEN 4
14. T	"Wie sehen Sie das, würde Deutschland ohne den Euro wirtschaftlich besser dastehen, oder schlechter, oder in etwa genauso gut?"	WÜRD E BESSER DASTEHE N 1 WÜRD E SCHLECHTER DASTEHE N 2 GENAUSO GUT 3 UNENTSCHIEDEN, WEISS NICHT 4
15. T	"Wie ist Ihr Eindruck: Wie groß ist ganz allgemein die Solidarität, der Zusammenhalt zwischen den Mitglieds- ländern der Europäischen Union? Würden Sie sagen der Zusammenhalt ist..."	"sehr groß" 1 "groß" 2 "weniger groß" 3 "kaum bzw. gar nicht vorhanden" 4 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 5

In der repräsentativen Halbgruppe A:

<u>16.</u> T	"Haben Sie den Eindruck, dass Deutschland in Europa isoliert ist, also dass Deutschland mit seinen Positionen alleine ist und die anderen Länder gegen Deutschland eingestellt sind, oder haben Sie nicht diesen Eindruck?"	ISOLIERT 1 HABE NICHT DIESEN EINDRUCK 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3
17.	"Zum Thema Zuwanderung: Was glauben Sie: Ist es möglich, die Außengrenzen der Europäischen Union wirkungsvoll gegen unkontrollierte Zuwanderung zu schützen, oder ist das nicht möglich?"	MÖGLICH 1 NICHT MÖGLICH 2 SCHWER ZU SAGEN, KEINE ANGABE 3
18.	"Wie ist Ihr Eindruck: Bemühen sich die meisten Mitgliedsländer der EU darum, eine gemeinsame Lösung zur Bewältigung der Flücht- lingssituation zu finden, oder bemühen sie sich nicht darum?"	BEMÜHE N SIC H 1 BEMÜHE N SIC H NICHT 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3
19.	"Wie sehen Sie das: Sollte es für EU-Länder, die keine oder nur ganz wenige Flüchtlinge aufnehmen, Sanktionen geben, z.B. durch Kürzungen der Zuschüsse, oder sollte es keine Sanktionen geben?"	SANKTIONEN GEBEN 1 SOLLTE KEINE SANKTIONEN GEBEN. 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3

In der repräsentativen Halbgruppe B:

16. T	"Haben Sie den Eindruck, dass Deutschland im Umgang mit der Flüchtlingsfrage in Europa weitgehend allein steht, oder gehen einige andere oder viele andere europäische Länder ähnlich mit der Flüchtlingsfrage um?"	WEITGEHEND ALLEIN 1 EINIGE ANDERE ÄHNLICH 2 VIELE ANDERE ÄHNLICH..... 3 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 4
17.	"Sollte Ihrer Meinung nach europäisch geregelt werden, wie viele Flüchtlinge jedes EU-Land aufnimmt, oder sollten das die einzelnen Mitgliedsländer der EU für sich selbst entscheiden?"	EUROPÄISCH REGELN 1 EINZELNE LÄNDER FÜR SICH 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3
18. T	"In der Europäischen Union haben die verschiedenen Mitgliedsländer ja ganz unterschiedliche Einstellungen zur Flüchtlingsproblematik. Einige Länder nehmen viele Flüchtlinge auf, andere Länder versuchen nur wenige bzw. überhaupt keine Flüchtlinge ins Land zu lassen. Haben Sie persönlich Verständnis für die Länder, die nur wenige bzw. überhaupt keine Flüchtlinge in ihr Land lassen, oder haben Sie dafür kein Verständnis?"	HABE VERSTÄNDNIS 1 KEIN VERSTÄNDNIS 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3
19.	INTERVIEWER überreicht blaues Bildblatt 4 ! "Hier unterhalten sich zwei darüber, dass andere europäische Länder nur sehr wenige Flüchtlinge aufnehmen. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken, der Obere oder der Untere?"	DER OBERE 1 DER UNTERE 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3
20. t	"Es wird ja immer wieder vorgeschlagen, die Flüchtlinge auf die EU-Mitgliedsländer zu verteilen und jedem Mitgliedsland eine bestimmte Anzahl an Flüchtlingen zuzuweisen. Glauben Sie, dass eine solche Verteilung der Flüchtlinge auf die Mitgliedsländer funktionieren würde, oder werden die Flüchtlinge in das Land weiterziehen, in das sie selbst gerne möchten?"	WÜRDEN FUNKTIONIEREN 1 WERDEN WEITERZIEHEN 2 UNENTSCHIEDEN, KEINE ANGABE 3
21. T	"Interessieren Sie sich für die Europapolitik, ich meine für die Entscheidungen, die in Brüssel oder im Europäischen Parlament in Straßburg getroffen werden, oder interessiert Sie das weniger, oder interessieren Sie sich gar nicht dafür?"	INTERESSIERT MICH 1 INTERESSIERT MICH WENIGER..... 2 GAR NICHT 3

Nach einigen Zwischenfragen zu anderen Themen:

22. T	INFORMELL: Sind Sie berufstätig?	JA..... 1 NEIN 2**
** Gleich übergehen zum nächsten Fragenkomplex!		
23. a) T	INFORMELL: Sind Sie selbständig oder irgendwo beschäftigt als Arbeiter, Angestellter oder Beamter?	SELBSTÄNDIG, FREIBERUFLICH 1 BESCHÄFTIGT ALS ARBEITER, ANGESTELLTER 2 BEAMTER 3**
** Gleich übergehen zum nächsten Fragenkomplex!		
b)	"Glauben Sie, dass Sie alles in allem einen sicheren Arbeitsplatz haben, oder machen Sie sich Sorgen, dass Sie ihn verlieren könnten?"	SICHEREN ARBEITSPLATZ 4 SORGEN, IHN ZU VERLIEREN 5 UNENTSCHIEDEN 6

24. a) INFORMELL:

T

Arbeiten Sie in der Privatwirtschaft
oder im Öffentlichen Dienst?

PRIVATWIRTSCHAFT 1
 ÖFFENTLICHER DIENST 2**

** Gleich übergehen zum nächsten Fragenkomplex!

b) "Wie gut geht es Ihrem Betrieb zurzeit?
Würden Sie sagen ..."

"sehr gut" 1
 "gut" 2
 "einigermaßen" 3
 "sehr schwankend, mal gut, mal
schlecht" 4
 "eher schlecht" 5
 "ganz schlecht" 6
 UNENTSCIEDEN, WEISS NICHT 7

L I S T E 1

**Was sind große Risiken für die weitere
Entwicklung Deutschlands?**

- (1) Die hohe Staatsverschuldung
- (2) Die Wirtschaftslage in der Euro-Zone
- (3) Die vielen Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen
- (4) Engpässe in der Energieversorgung
- (5) Die demografische Entwicklung, also dass es immer mehr Ältere und immer weniger Jüngere gibt
- (6) Zu hohe Steuern
- (7) Die Mängel in unserem Bildungssystem
- (8) Steigender Rechtsextremismus
- (9) Dass der islamische Einfluss zu groß wird
- (10) Die Klimaerwärmung
- (11) Der Fachkräftemangel in einigen Branchen
- (12) Dass es zu einer neuen Finanzkrise kommt
- (13) Ein Anstieg der Arbeitslosigkeit
- (14) Die niedrigen Zinsen
- (15) Dass die Unterschiede zwischen Arm und Reich größer werden
- (16) Radikale und terroristische Gruppierungen

L I S T E 1

- (1) Ein hervorragendes Bildungssystem
- (2) Dass qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland nach Deutschland kommen
- (3) Dass die Unterschiede zwischen Arm und Reich nicht zu groß werden
- (4) Bekämpfung des Rechtsextremismus
- (5) Dass in Deutschland wissenschaftlicher Fortschritt und Innovationen gefördert werden
- (6) Dass wir unseren Standard an sozialer Absicherung erhalten
- (7) Dass Ausländer in Deutschland möglichst gut integriert werden
- (8) Dass Deutschland den Flüchtlingsstrom in den Griff bekommt
- (9) Dass die Krise in Griechenland bewältigt wird
- (10) Dass in Deutschland flächendeckend schnelles Internet zur Verfügung steht
- (11) Dass wir qualifizierte Fachkräfte ausbilden
- (12) Dass das Straßen- und Schienennetz verbessert bzw. ausgebaut wird
- (13) Dass der Umweltschutz gefördert wird
- (14) Dass Leitungsnetze für die Energieversorgung ausgebaut werden
- (15) Dass deutsche Unternehmen im internationalen Wettbewerb mit China, den USA usw. mithalten können
- (16) Dass die Energieversorgung langfristig gesichert ist
- (17) Dass die Staatsverschuldung abgebaut wird

BILDBLATT 2

GROSSE SORGEN:

ETWAS SORGEN:

KEINE SORGEN:

BILDBLATT 3

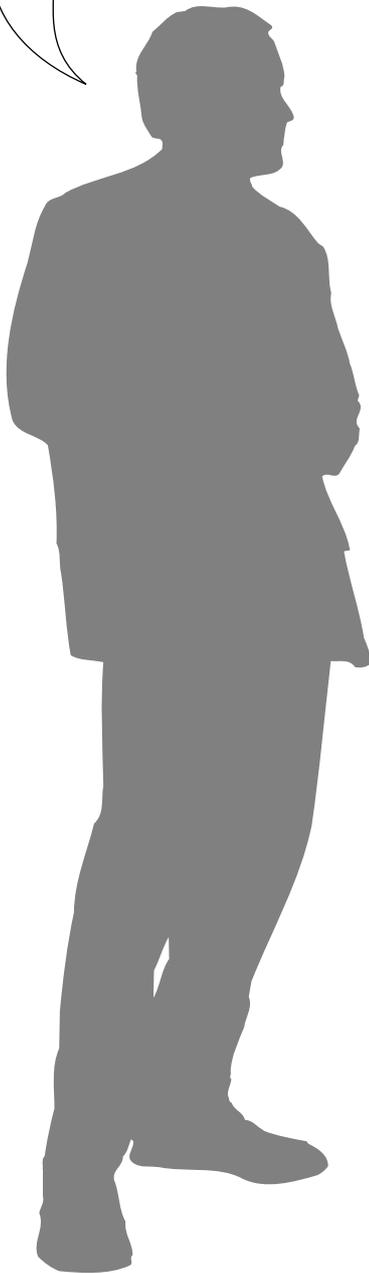
**HIER SOLLTE DER
STAAT SPAREN:**

**HIER SOLLTE DER STAAT
AUF KEINEN FALL SPAREN:**

BILDBLATT 4

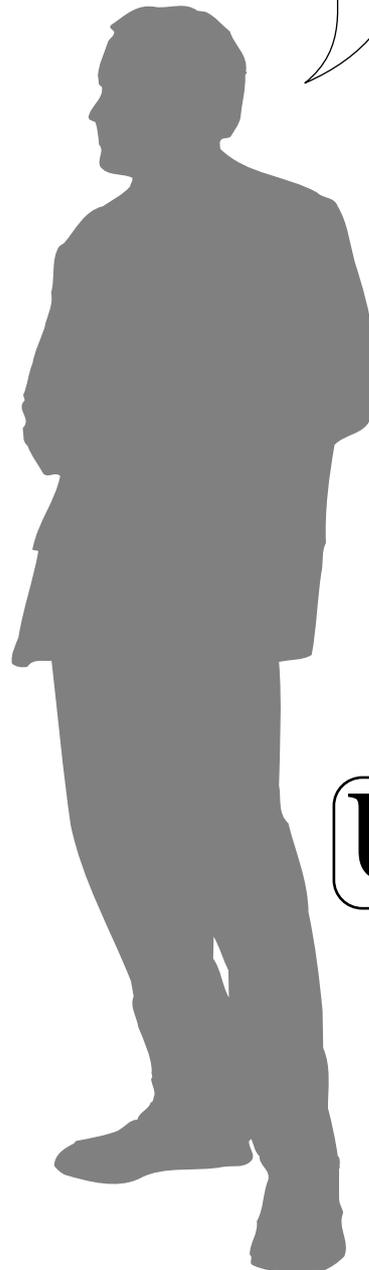
"Ich finde, man muss von den anderen EU-Ländern verlangen, dass sie mehr Flüchtlinge aufnehmen. Wenn sie sich weigern, muss man über Sanktionen für diese Länder nachdenken."

O



"Das sehe ich anders. Deutschland hat alleine entschieden, dass es keine Obergrenze für Flüchtlinge bei uns gibt. Daher kann man von den anderen EU-Ländern auch nicht verlangen, dass sie mehr von den Flüchtlingen aufnehmen, die jetzt nach Deutschland kommen."

U



Die folgenden Bogen wurden in einzelne Karten geschnitten, auf denen jeweils nur eine der Angaben zu lesen war. Die Interviewer hatten den Befragten die Karten willkürlich geordnet in die Hand zu geben.

1

**Dass meinem Partner,
meinen Kindern oder
anderen engen Familienan-
gehörigen etwas zustößt**

1

2

**Dass es in Deutschland
wirtschaftlich bergab gehen
könnte**

2

3

**Dass Gewalt und Kriminalität
zunehmen**

3

4

**Dass ich im Alter meinen
Lebensstandard nicht halten
kann**

4

5

**Dass das Geld an Wert
verliert und dadurch meine
Ersparnisse weniger wert
sind**

5

6

**Dass sich mein Gesund-
heitszustand verschlechtert**

6

7

**Die derzeitige Entwicklung
der Flüchtlingssituation**

7

8

**Dass ich arbeitslos werden
könnte**

8

6

Dass die Umwelt immer mehr geschädigt wird

9

01

Dass es in Deutschland immer mehr ältere und immer weniger junge Menschen gibt

10

11

Dass die Renten nicht sicher sind

11

12

Dass die Krankenkassen weniger Leistungen übernehmen, dass man im Krankheitsfall nicht mehr gut versorgt ist

12

13

Dass meine persönlichen Daten missbraucht werden könnten

13

14

Dass ich im Alter pflegebedürftig werde

14

15

Dass immer mehr Ausländer nach Deutschland kommen

15

16

Dass es zu wenige bezahlbare Wohnungen gibt

16

71

Dass es immer mehr ausländerfeindliche Taten und Äußerungen gibt

17

81

Dass es in Deutschland zu einem terroristischen Anschlag kommt

18

61

Dass ich beruflich nicht vorankomme

19

1

Kultureinrichtungen wie Theater, Museen

1

2

Ausstattung der Polizei

2

3

Maßnahmen zur Integration, Eingliederung von Ausländern

3

4

Umweltschutz

4

5

Ausstattung von Schulen

5

6

Arbeitslosenunterstützung, Hartz IV

6

7

Ausbau von Verkehrswegen wie Straßen, Bahnstrecken usw.

7

8

Forschungsförderung in den Bereichen Medizin, Technik usw.

8

6

Entwicklungshilfe

01

Ausstattung der Bundeswehr

9.

10

11

**Öffentliche Einrichtungen
wie Schwimmbäder,
Büchereien usw.**

12

**Ausstattung der
Universitäten**

11

12

13

**Förderung der neuen
Bundesländer**

14

**Förderung von erneuerbaren
Energien (Wind, Wasser,
Sonne usw.)**

13

14

15

**Gesundheitswesen,
Gesundheitssystem**

16

**Unterstützung von Familien
mit Kindern**

15

16

17

Renten

17

18

Staatliche Verwaltung

18

19

Subventionen, staatliche Unterstützung von Wirtschaftszweigen, die alleine nicht lebensfähig sind

19

20

Unterstützung hochverschuldeter Euro-Länder

20

21

Ausgaben für Beamte und deren Pension

21

22

Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen

22

23

Unterstützung von Flüchtlingen

23